Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 110. **Dienstag, den 13. September 1932.** **35. Jahrg.**

Der Reichstag aufgelöst!

Papens rascher Entschluß

Der Reichstag wurde am Montagnachmittag, kurz vor 4 Uhr aufgelöst, weil die Gefahr bestand, daß die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September angenommen würden.

Der Auflösungsvorgang spielte sich folgendermaßen ab:

Nach einer Sitzungsunterbrechung, die am Montag wegen eines kommunistischen Antrages auf sofortige Abstimmung über Aufhebung der Notverordnung vom 4. September notwendig geworden war, stellte Reichstagspräsident Goering fest, daß Widerspruch gegen die sofortige Behandlung des kommunistischen Antrages nicht erhoben worden sei. Er schickte sich an die Abstimmung zu eröffnen, als Reichskanzler von Papen sich von seinem Platz erhob und das Wort verlangte, um die Auflösungsorder zu verlesen. Goering beachtete aber die Wortmeldung des Kanzlers nicht.

Daraufhin übergab der Kanzler die Auflösungsvollmacht dem Reichstagspräsidenten und verließ mit dem gesamten Kabinett die Regierungstribüne.

Goering nahm von der Auflösung keine Kenntnis und führte die Abstimmung trotzdem durch. Staatsrechtliche Bedeutung hat der Vorgang aber nicht mehr, da der Reichstag mit dem Augenblick der Uebergabe des Auflösungsdekretes aufhört zu bestehen.

Der Verlauf der Reichstagssitzung

(2. Sitzung.) CB. Berlin, 12. September.

Unter großer Spannung des übervollen Hauses eröffnet Präsident Göring um 3 Uhr die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Torgler (Komm.), die Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnung sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Aussprache darüber abzustimmen. Der Redner ergeht sich in scharfen Ausfällen gegen die Regierung und beantragt weiter, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung ebenfalls sofort auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen.

Abg. Lübe (Soz.) beantragt Anträge seiner Fraktion ebenfalls sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wonach die noch nicht in Kraft gesetzten Teile der Notverordnung nicht eher in Kraft gesetzt werden sollen, als bis der Reichstag über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung entschieden hat. — Der Redner fügt hinzu, auch er sei mit der beschleunigten Erledigung der kommunistischen Anträge einverstanden, aber der Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) werde gewiß gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erheben.

Als Präsident Göring darauf die Frage an das Haus stellt, ob gegen den kommunistischen Antrag, die Anträge und Abstimmungen jetzt schon als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, Widerspruch erhoben wird, geschieht dies nicht. Unter großer Bewegung beantragt Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) dann sofortige

Unterbrechung der Sitzung

um eine halbe Stunde. Der Antrag wird von der Mehrheit der Nationalsozialisten, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Gegen 4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Göring erscheint im Saal zunächst auf seinem Abgeordnetensitz und begibt sich dann erst auf den Präsidentenstuhl.

Nachdem er die Sitzung wiedereröffnet hatte, erschien auch Reichskanzler von Papen mit den Mitgliedern seiner Regierung wieder im Saale. Er hatte eine rote Aktenmappe unter dem Arm, die offenbar die Auflösungsverordnung enthielt. Präsident Göring erklärte dann: Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir zur

Abstimmung über die Anträge des Abg. Torgler.

(Reichskanzler von Papen erhebt sich.) Wer für den Antrag ist, den bitte ich, eine Karte mit „Ja", wer dagegen ist, eine Karte mit „Nein" abzugeben.

Unter großer Erregung im ganzen Hause begibt sich alsdann Reichskanzler von Papen zum Präsidentenstuhl und legt dem Präsidenten ein Blatt Papier,

die Auflösungsorder des Reichspräsidenten,

vor. Präsident Göring legt die Verordnung aber zur Seite und bleibt bei der eingeleiteten Abstimmung.

Daraufhin begibt sich der Reichskanzler mit den Kabinettsmitgliedern aus dem Saal. Es wird gemeinsam abgestimmt über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und über die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung.

Unter großer Unruhe wird die Abstimmung durchgeführt. Nein-Karten werden, soweit man beobachten kann, nur von den Deutschnationalen abgegeben. Während der Abstimmung unterbreitet der Abg. Dr. Bell (Ztr.) dem Präsidenten Göring offenbar irgendeinen Vorschlag. Der Präsident wiegt jedoch zweifelnd den Kopf und winkt ab.

Abgestimmt worden ist über die verbundenen beiden Anträge, die Notverordnung aufzuheben sowie dem gesamten Kabinett Papen das Mißtrauen auszusprechen. Abgegeben wurden 550 Karten. Davon haben sich fünfzig der Stimme enthalten, 32 Abgeordnete mit Nein gestimmt, 513 mit Ja. (Gebhafter Beifall im ganzen Hause, Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und Kommunisten.)

Präsident Göring: Die Abgg. Dr. Oberfohren und Torgler haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht. Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat der Reichskanzler um das Wort ersucht. Nach der Abstimmung hätte ich, gemäß der Verfassung, dem Herrn Reichskanzler das Wort erteilen müssen. (Rufe bei den Deutschnationalen: Jederzeit müssen Sie ihm das Wort erteilen!) Während der Abstimmung hat mir der Herr Reichskanzler ein Schreiben überreicht, das nunmehr, da es gegengezeichnet ist von dem Herrn Reichskanzler und dem Reichsinnenminister, die durch das soeben angenommene Mißtrauensvotum als gestürzt zu gelten haben, hinfällig geworden ist. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Das Schreiben lautet:

Die Auflösungsorder.

„Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages
12. September 1932.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung beschließt."

gez. Reichspräsident v. Hindenburg.
gez. Reichskanzler von Papen.
gez. Reichsinnenminister von Gayl.

Göring protestiert.

Präsident Göring: Meine Damen und Herren, ich nehme hier den Standpunkt ein, daß vorläufig dieses Schreiben keine Gültigkeit hat (Rufe bei den Komm.: Papierkorb!), da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist. (Die Deutschnationalen verlassen geschlossen den Saal.) Der Sturz des Kabinetts war ebensowenig überraschend wie die beabsichtigt gewesene Auflösung des Reichstages. Die Absicht einer Reichstagsauflösung wurde bereits unterstrichen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, durch das Verhalten des Reichstagsvizepräsidenten Graef anläßlich der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Herrn Reichspräsidenten. Als das Reichstagspräsidium die Auffassung der Volksvertretung über die politische Lage dem Reichspräsidenten vortragen wollte, sagte der Herr Vizepräsident Graef, daß er nach der formellen Vorstellung des Präsidiums sich nicht weiter an einem Vortrage beteiligen wolle. (Anhaltende Unruhe bei den Kommunisten, die vom Präsidenten Göring wiederholt zur Ruhe ermahnt werden.) Der Reichstagsvizepräsident hat sich dagegen ausgesprochen, daß der Reichspräsident zu dem parlamentarischen Brauch zurückkehrt, und begrüßte vielmehr, daß nunmehr eine derartige Regierung, wie das Kabinett von Papen, ins Amt berufen worden sei. Es war dies bereits der erste Versuch, das Ansehen des Deutschen Reichstages herabzusetzen. Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstages aufrechtzuerhalten, wie vor allem das Recht der deutschen Volksvertretung, gemäß der Verfassung weiterzuarbeiten. (Andauernder Lärm bei den Kommunisten. Präsident Göring droht mit Ausweisungen aus dem Sitzungssaal.)

Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, um ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet wurde, die sich lediglich auf die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag stützen kann, wirkungslos gemacht wird, indem es vom Herrn Reichspräsidenten zurückgenommen wird. Dieses Dekret hat durch die Gegenzeichnung der gestürzten Regierung ja seine Gültigkeit verloren. (Händeklatschen b. d. Nat.-Soz.).

*

Die Auflösung des Reichstages.

Konflikt zwischen Regierung und Reichstag.

Gewiß waren die Gänge, Säle und Tribünen des Reichstages überfüllt, drängten sich unten im Sitzungssaal die Scharen der mehr als sechshundert erst vor kurzem gewählten Abgeordneten; gewiß saßen in der großen Diplomatenloge Mann an Mann die Mitglieder der Botschaften und Gesandtschaften, in der Mitte ganz vorn an der Brüstung Sir Rumbold und neben ihm der Franzose François Poncet, — aber es wehte doch eine gar nicht allzu erwartungsschwere Luft durch das gewaltige Viereck des Sitzungssaales. Denn im allgemeinen rechnete man ja lediglich mit einer Erklärung des Reichskanzlers und — für heute — durchaus noch nicht etwa mit der Austragung des Konflikts zwischen Reichsregierung und Reichstag. Man rechnete — und hat sich ganz gründlich verrechnet! Der Konflikt, der ja „latent" vorhanden war, kam vor diesem großen Publikum zum offenen und dramatisch außerordentlich bewegten Ausbruch.

Gewiß hatte es auch einigermaßen ruhig angefangen, nachdem Präsident Göring die Glocke zur Eröffnung dieser zweiten und — letzten Sitzung des Reichstages hatte erklingen lassen. Aber sehr rasch kam die entscheidende Überraschung: als erst von kommunistischer, dann auch von sozialdemokratischer Seite beantragt wurde, noch jetzt gewisse, die Notverordnung betreffende Anträge auf die Tagesordnung zu setzen, darunter sogar einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler und alle Reichsminister, — da erfolgte ein Widerspruch nicht, auch nicht von deutschnationaler Seite, von wo aus er angekündigt war. Damit war aber geschäftsordnungsmäßig gerade das herbeigeführt worden, was die Mehrheit der Nationalsozialisten und des Zentrums für diese Sitzung hatte ausschalten wollen: Notverordnungen und Mißtrauensanträge zur Verhandlung zu stellen. Hier aber liegt der Drehpunkt der folgenden Vorgänge, die durch ein Dazwischenspringen des Nationalsozialisten Dr. Frick und eine halbstündige Aussetzung der Sitzung aufgeschoben, aber nicht mehr aufgehoben werden konnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0001

Die Vorgänge bei der Auflösung.

Nach der Darstellung der Regierung.

In einer längeren Erklärung vor der Presse schilderte Reichsinnenminister v. Gayl die Gründe, die die Regierung zur Auflösung des Reichstages in der geschehenen Art gezwungen haben. Die Reichsregierung hat erwartet, daß der Reichstag dem Reichskanzler Gelegenheit zur Darlegung seiner Pläne geben würde, aber es sei anders gekommen als sich wohl die meisten gedacht haben. Als nach der kurzen Pause, in der die Fraktionen über den Antrag der KPD. zur sofortigen Abstimmung über ihr Mißtrauensvotum berieten, die Sitzung wiederaufgenommen wurde, und als kein Widerspruch gegen sofortige Abstimmung erfolgte,

da, in diesem Augenblick,

hat der Kanzler um das Wort gebeten. Es wurde ihm abgeschlagen. Staatssekretär Planck hat daraufhin dem Reichstagspräsidenten noch einmal mitgeteilt, daß der Reichskanzler ums Wort gebeten hat. Der Reichskanzler wiederholte seine Bitte, aber wieder vergeblich. Der Reichstagspräsident begründete die Ablehnung damit, daß während der Abstimmung nicht das Wort erteilt werden könne.

Dann hat der Reichskanzler persönlich dem Reichstagspräsidenten die Urkunde mit der Auflösungsorder

vor die Augen gelegt.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß sie nach Artikel 33 der Verfassung jederzeit das Recht habe, das Wort zu verlangen, auch vor Beginn einer Abstimmung. Die Abstimmung hatte aber noch gar nicht begonnen, aber selbst wenn sie schon in Gang gewesen wäre, hätte die Reichsregierung immer noch das Recht gehabt, das Wort zu verlangen. Wenn der Reichstagspräsident sagt, er habe das Dokument, das der Reichskanzler vor ihm hinlegte, gar nicht gelesen, so mag das richtig sein, ändere aber nach Auffassung der Reichsregierung nichts an der Tatsache, daß die Auflösungsorder

in dem Augenblick der Zustellung wirksam geworden

sei; der Reichstag war damit aufgelöst und er konnte gar keine Abstimmungen mehr vornehmen; die Beschlüsse, die nachher gefaßt wurden, sind rechtsungültig.

Die Reichsregierung hielt es — wie Herr von Gayl erklärte — für unerträglich, daß die Notverordnung, die von langer Hand vorbereitet und in Kraft gesetzt wurde, plötzlich wieder außer Kraft gesetzt werde. Diese Gefahr lag vor, und um dieser Gefahr vorzubeugen, ist die Auflösung erfolgt. Der Reichstagspräsident beabsichtigt, den Staatsgerichtshof anzurufen. Nach Auffassung der Reichsregierung ist

der Staatsgerichtshof dafür nicht zuständig.

Ein Weiterverhandeln des Reichstages wäre nach Ansicht des Kabinetts verfassungswidrig.

über den Termin der Neuwahlen

sind noch keine Beschlüsse gefaßt. Die Beschlüsse hängen von der Entwicklung der nächsten Tage ab. Die Reichsregierung hat aber durchaus die Absicht, die verfassungsmäßigen Vorschriften bezüglich der Wahl innezuhalten; eine Einschränkung würde nur dann nötig werden, wenn eine Abhaltung infolge Störung von Ruhe und Ordnung nicht möglich wäre. Nach der augenblicklichen Lage glaubt die Reichsregierung keinen Anlaß zu haben, besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu ergreifen.

Wieder rufen die Klingeln — was ziemlich überflüssig war, denn die meisten Abgeordneten hatten den Sitzungssaal gar nicht verlassen — und nach einigem Warten sieht man den Reichstagspräsidenten unten im Saal mit den andern Führern seiner Partei sprechen. „Instruktionsstunde!“ wird von links gerufen, und man beginnt zu ahnen, daß — die Entscheidung da ist. Wieder erscheint das Kabinett, an seiner Spitze der Reichskanzler. Unter dem Arm trägt er neben dem Manuskript seiner — im Reichstag nicht mehr gehaltenen — Rede auch das, was man früher als „die rote Mappe“ bezeichnete. Sie ist heute dunkelbraun! In ihr — das wußte jeder der 600 — steckt die Auflösungsorder des Reichspräsidenten, und laut, immer lauter schwollen die „entsprechenden“ Zurufe an, als der Reichstagspräsident mitteilte, daß die sozialdemokratisch-kommunistischen Anträge widerspruchslos auf die Tagesordnung gesetzt worden und . . .

Nun spielte sich alles fast blitzschnell ab. Obwohl, wie behauptet wird, der zwischen dem Reichskanzler und vor dem Reichstagspräsidenten sich aufhaltende Staatssekretär der Reichskanzlei wiederholt dem Reichstagspräsidenten Zeichen gegeben hatte, daß Herr von Papen das Wort ergreifen wolle, fuhr Herr Göring unbeirrt fort und erklärte plötzlich: „Wir treten in die Abstimmung ein.“ Ein unbeschreiblicher Tumult erhob sich, als nun Herr von Papen persönlich vor den Sitz des Reichstagspräsidenten hineilt und die Auflösungsorder übergibt. Ein kurzes Hin und Her; Herr Göring legt die Order auf den Tisch, erklärt, in der Abstimmung fortzufahren, Herr von Papen wendet sich ab, — ein kurzer Wink zur Regierungstribüne hinüber und die Mitglieder dieses sich in offenem Konflikt mit dem Reichstag befindlichen Kabinetts verlassen unter tosenden Zurufen der Abgeordnetenmassen den Saal.

Was dann kam, war keine Überraschung mehr: dem Reichskanzler und allen Reichsministern wird mit 513 von fast 600 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen, was natürlich wieder allerstärksten Beifall auslöst. Göring hält eine Rede, in der er sein Verhalten darlegt und verteidigt. Während die Deutschnationalen den Sitzungssaal verlassen, erklärt er die Auflösungsorder als gegengezeichnet von einer Reichsregierung, der vom Reichstag das Mißtrauen ausgesprochen sei und die damit nicht mehr die verfassungsmäßige Voraussetzung für ihre Amtsführung besäße. Noch beraumt der Präsident die Sitzung des Reichstages für den nächsten Tag an, noch branden die Wogen der Erregung hoch empor zu den Zuhörertribünen, zu der Loge der fremden Diplomaten, zu dem Engländer, dem Franzosen, aber schon erörtert man allein mehr die Frage: Was nun?

Die Auflösung ist ausgesprochen worden, weil der Reichstag zweifellos — er hat es ja auch getan — die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen beschließen würde. Das Mißtrauen ist gegen den Reichskanzler und sein Kabinett votiert worden, ohne daß Herr von Papen zu Wort kam, — was nun?

Dr. Pr.

Göring erkennt die Rechtsgültigkeit der Auflösungsorder nicht an.

Länderregierungen sollen den Staatsgerichtshof anrufen.

Reichstagspräsident Göring erläuterte vor Pressevertretern noch einmal seinen Standpunkt hinsichtlich der Auflösungsorder des Reichspräsidenten. Er kam auf die Vorgänge in der Sitzung zurück und erklärte, daß der Reichskanzler ihm während der Abstimmung über den Mißtrauensantrag und die Aufhebung der Notverordnung „ein Stück Papier“ auf den Tisch gelegt habe, von dem er amtlich erst nach Beendigung der Abstimmung habe Kenntnis nehmen können. Die Abstimmung sei als Ganzes zu betrachten. Sie dürfe auch nicht von der Regierung unterbrochen werden. Da nach der Abstimmung die Regierung aber bereits gestürzt gewesen sei, erkenne er die Gegenzeichnung der Regierung und damit auch die Auflösungsorder selbst nicht als rechtskräftig an. Diesen Standpunkt werde er dem Reichspräsidenten brieflich mitteilen. Erst wenn die gestürzte Regierung vom Reichspräsidenten mit der Geschäftsführung beauftragt würde, wäre sie in der Lage, eine Auflösungsorder rechtsgültig gegenzuzeichnen.

Präsident Göring teilt weiter mit, daß verschiedene Länderregierungen, — der Reichstag sei hierzu nicht legitimiert — die Absicht hätten, beim Staatsgerichtshof unverzüglich eine Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Auflösungsorder herbeizuführen.

Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes werde er den Reichstag nicht einberufen. Etwaige Schritte der Reichsregierung im Sinne einer Wahlreform würden auf den stärksten Widerstand der Mehrheit des Volkes stoßen, die nicht daran denke, ihre Vertretung von einer Reichsregierung ausschalten zu lassen, die im Volke ohne jede Basis sei.

Reichskanzler v. Papen.

Reichstagspräsident Göring.

Reichsregierung und Reichstagsauflösung

Eine rechtliche Stellungnahme der Reichsregierung.

Zu Kreisen der Reichsregierung wird zu den Vorgängen im Reichstag darauf hingewiesen, daß im Absatz 3 des Artikels 33 der Verfassung steht, auf ihr Verlangen müssen während der Beratung die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden. Der Reichstagspräsident Göring habe dem Reichskanzler Papen das Wort zu seiner Erklärung verweigert. Er habe damit verfassungswidrig gehandelt.

Auch Artikel 97 der Geschäftsordnung sehe ausdrücklich vor, daß ein Reichsminister außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen kann.

Im übrigen wird betont, daß die Auflösungsorder des Reichspräsidenten in dem Augenblick rechtsgültig sei, wo sie vom Reichskanzler gegengezeichnet wurde. Der Reichskanzler hat sie kurz bevor er sich im Reichstag zum Wort meldete, um sie zu verkünden, gegengezeichnet. Der Reichstag war also in diesem Augenblick bereits aufgelöst und hatte kein Recht mehr, eine Abstimmung vorzunehmen.

Die Ereignisse im Reichstag stellen nach Ansicht der Reichsregierung einen Überrumpelungsversuch dar, die trotz der Auflösung vorgenommene Abstimmung sei rechtsungültig.

Aber auch wenn die Auflösungsorder erst nach der Abstimmung überreicht worden wäre, wäre ihre Rechtsgültigkeit nicht zu bezweifeln. Die Abstimmung sei also von einem nicht bestehenden Reichstag vorgenommen worden. Sollte der aufgelöste Reichstag am Dienstag dennoch zusammentreten, so werde die Regierung die notwendigen Schritte tun.

Die Überraschung des Tages.

Der Kampf zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten und dem Zentrum wurde in den letzten Tagen, ja bis in die letzten Stunden nur noch darum geführt, wer zuerst zum Zuge kommen würde, der Reichstag mit dem Mißtrauensvotum oder die Reichsregierung mit der Auflösungsorder. Der Kampf wurde überraschend schnell entschieden. Der Kanzler ist dem Reichstag man kann sagen um Minuten zuvorgekommen, nachdem klar war, daß man ihn im Reichstag überhaupt nicht zu Worte kommen lassen wollte, und daß man ihn die rote Mappe mit der Auflösungsorder durch einen Überrumpelungsversuch aus der Hand schlagen wollte.

Daß Reichspräsident und Reichsregierung zur Auflösung entschlossen waren, wenn die Notverordnung abgelehnt werden sollte, das stand fest. An Hindenburgs Wille war kein Zweifel mehr. Daß aber die Parteien versuchen würden, durch eine Überrumpelung der Regierung ihren Sturz herbeizuführen, damit der Reichstag als Sieger auf dem Felde bleibe, das war die große Überraschung des Tages. Die Zuspitzung der Dinge war schon erkennbar, als die bei Hindenburg nachgesuchten Unterredungen der Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten plötzlich verschoben wurde, nicht, weil Hindenburg absagte, sondern weil die Parteien plötzlich erkannten, daß sie auch bei diesem Versuch den Reichspräsidenten nicht mehr von seinem Willen abbringen könnten, und daß damit das Schicksal des Reichstages schon in dieser Unterredung entschieden würde.

Noch in den allerletzten Tagen hat man den Versuch gemacht, dem Reichspräsidenten nahezulegen, er solle sich von Papen lossagen und dafür Schleicher als Kanzler berufen, mit dem zusammenzuarbeiten die Nationalsozialisten angeblich bereit waren.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Nationalsozialisten und Zentrum die Absicht hatten, bei dem Empfang bei Hindenburg diese Lösung als letzten Ausweg vorzuschlagen. Da kam am Sonntag die Erklärung des Reichswehrministers von Schleicher, daß er nicht daran denke, das Kanzleramt zu übernehmen, sondern fest entschlossen zur Regierung von Papen stehe. Damit war auch diese Kombination hinfällig und die letzte Hoffnung, Hindenburg umzustimmen, war geschwunden. Es zeigte sich, daß Hindenburg fest entschlossen war, die von ihm unterzeichnete Notverordnung zur Durchführung des Wiederaufbauprogrammes mit dem Reichskanzler von Papen und nicht mit einer anderen Regierung durchzuführen.

Nationalsozialisten und Zentrum, die mit dem Mut der Verzweiflung um die Erhaltung des Reichstages kämpften, entschlossen sich nun zum äußersten: zum Sturz der Regierung Papen durch Überrumpelung. Trotzdem Reichstagspräsident Göring in einer persönlichen Unterredung mit dem Kanzler diesem zugesagt hatte, daß der Reichstag am Montagnachmittag 3 Uhr seine Darlegungen anhören werde, und daß man sich an den folgenden Tagen über das Papensche Programm aussprechen werde, ist der Reichstagspräsident von diesem Programm plötzlich abgewichen. Als die Kommunisten beantragten, schon vor der Kanzlererklärung über den kommunistischen Mißtrauensantrag über die Aufhebung der Notverordnung abzustimmen, legte der Reichstagspräsident diesen Antrag der Kommunisten dem Reichstag zur Abstimmung vor. Der Antrag wurde angenommen und alsbald begannen auch die Abstimmungen über den Mißtrauensantrag. Vergeblich hat sich der Kanzler zweimal zum Wort gemeldet. Er kam nicht zum Sprechen, trotzdem die Verfassung vorschreibt, daß die Mitglieder der Regierung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden müssen. Das also war der Überrumpelungsversuch der Oppositionsparteien, durch den die Regierung gestürzt werden sollte. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Auflösung absolut verfassungsmäßig erfolgt sei.

Der Streit um diese Dinge wird in den nächsten Tagen weitergehen. Die Reichsregierung wird ihren Standpunkt darlegen und die Parteien, die den Überrumpelungsversuch inszenierten, werden vor der Öffentlichkeit sagen müssen, warum sie zu diesem Mittel gegriffen haben. Es ist kaum anzunehmen, daß die Parteien unter den augenblicklichen Umständen den Versuch machen werden, eine neue Sitzung abzuhalten. Wo heute die größere Macht liegt, darüber besteht auch in der weiteren Öffentlichkeit kein Zweifel. Die Parteien werden protestieren, aber sie werden sich schließlich damit abfinden, daß sie in Neuwahlen an das Volk appellieren können. Die verantwortlichen Parteien werden heute mit sehr gemischten Gefühlen dem Wahlkampf entgegensehen. Denn mögen sie auch für mancherlei Einwände gegen den Papenschen Wiederaufbauplan Gehör und Beifall finden, so wird es ihnen doch sehr, sehr schwer fallen, eine plausible Antwort auf die Frage zu geben, warum man den Reichskanzler nicht die Gelegenheit gegeben hat, sich dem Reichstag zu stellen und sein Werk im Reichstag zu verteidigen.

Überwachungsausschuß des Reichstages einberufen.

Als Mitglied des Ältestenrates und zugleich als Vorsitzender des Überwachungsausschusses des Reichstages hat der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Göring gerichtet: „Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrates nehmen an der von Ihnen einberufenen Ältestenratssitzung nicht mehr teil, da der Ältestenrat durch die Auflösung des Reichstages mitbetroffen worden ist. Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlußansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung bekanntgeben.“

Ein Brief des Kanzlers an Göring.

Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des am Montag aufgelösten Reichstags, Göring, folgenden Brief gesandt: „Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagssitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst. Die von ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Beschlußfassung des aufgelösten Reichstags mit Ausnahme der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würden gegen die Reichsverfassung verstoßen.“

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

„Nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hatten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Parteiherrschaft zu bewegen, sind sie in der Reichstagssitzung vom 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung geschritten. Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nichtachtung von Recht und Gesetz so weit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Rumpfparlament blieben zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0002

nächst die Parlamentsparteien, bestehend aus den Nationalsozialisten, den Sozialdemokraten, den Kommunisten und dem Zentrum, in fruchtloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten. Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlaments- und Parteiherrschaft einsetzen. Wir sind dessen gewiß, daß in diesem Kampf das nationale Deutschland, daß die Parteiherrschaft hassen gelernt hat, zu uns steht. Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschland werden."

Sozialdemokratisches Volksbegehren.

Auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat beim Reichsinnenminister die Zulassung eines Volksbegehrens zur Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September beantragt.

Wie von sozialdemokratischer Seite erklärt wird, sollen durch die Annahme dieses Volksbegehrens „die Lohnsenkungen unter Einbruch in die Tarifpolitik" unmöglich gemacht werden. Die anderen Teile der Notverordnung sollen in das Volksbegehren nicht aufgenommen werden, weil es sich dabei um Bestimmungen des Reichshaushalts oder um Finanzgesetze handelt, die nach der Verfassung nicht auf dem Wege des Volksentscheides abgeändert werden können.

Schluß mit dem überlebten Parlamentarismus.

Eine Verlautbarung des Stahlhelm.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm, der am 10. und 11. September in Magdeburg versammelt war, gibt zur politischen Lage folgende Verlautbarung bekannt:

„Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, begrüßt, daß der Reichspräsident, den Willen des Volkes erkennend, die Führung des Staates von Partei- und Sonderinteressen frei gemacht hat. Wir verlangen eine nationale Staatsführung, die sich auf sich selbst stellt und nur eine Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber kennt. Vierzehn Jahre haben bewiesen, daß diese Arbeit nicht durch Wahlen zu erreichen ist. Darum Schluß mit dem überlebten Parlamentarismus. Wir verlangen von dieser Regierung, daß sie vorwärtsmarschiert. Handeln tut not, nicht reden und fragen. So wird sie das Vertrauen des ganzen Volkes erobern."

Die französische Antwort auf Deutschlands Forderung auf Rüstungsgleichheit.

Die Antwort der französischen Regierung auf Deutschlands Forderung nach Sicherheit für Deutschland und nach gleichmäßiger Abrüstung für alle liegt jetzt der Öffentlichkeit vor. Wie erwartet, lehnt die Antwort alle deutschen Ansprüche glatt ab. Deutschlands Recht auf nationale Sicherheit wird zwar in der Antwort anerkannt, aber Frankreich versteht unter Sicherung für Deutschland die Sicherung durch Paragraphen, Verträge und Schiedsabkommen. Für sich selbst beansprucht Frankreich die Sicherung durch militärische Mittel. Frankreichs Bestreben geht dahin — das geht aus der Note deutlich hervor —, die deutsche Abrüstungsforderung ganz von der Abrüstungskonferenz zu trennen und so zu tun, als ob die deutsche Abrüstungsfrage mit der Abrüstung der anderen garnichts zu tun habe. Es beruft sich immer wieder auf den Versailler Vertrag. Wie die deutsche Antwort auf das französische Schreiben lauten wird, steht noch nicht fest, aber wahrscheinlich wird Deutschland die Folgerung ziehen, daß es auf Grund der Haltung Frankreichs an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz sich nicht mehr beteiligen könne.

Deutschland erklärt Zahlungsaufschub in Amerika.

Für Jahreszahlung von 60 Millionen Mark.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, beabsichtigt die deutsche Regierung, wegen der am 30. September fälligen Rate für die amerikanischen Besatzungskosten und „mixed claims" in Washington einen Zahlungsaufschub zu erklären. Bevor die Erklärung übergeben wird, finden aber noch gewisse Besprechungen mit der amerikanischen Regierung hierüber statt. Es handelt sich um eine Jahreszahlung in Höhe von rund 60 Millionen Mark.

Lokales und Provinzielles.

— **Ist ein Erziehungsberechtigter berechtigt, sein Kind von einem Schulausflug zurückzuhalten.** Viele Väter und Mütter sind der Meinung, daß ihre Kinder bei einem Schulausfluge eine willkommene Gelegenheit finden, zu Hause zu bleiben; denn eine solche Veranstaltung sei doch recht überflüssig usw. Dem ist aber nicht so. Die Schulausflüge müßten eigentlich Unterrichtslehrgänge genannt werden. Gewiß soll auch Geselligkeit und Kameradschaft gepflegt werden. Aber daneben soll den Schülern doch Gelegenheit gegeben werden, ihre Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Erd-, Naturkunde und Geschichte erhalten durch Wanderungen wesentliche Unterstützung. Unter Würdigung der Tatsache, daß Kenntnisse, die durch die unmittelbare Anschauung gewonnen sind, äußerst wertvoll sind, hat die Regierung verfügt, daß an Schulausflügen alle Kinder teilnehmen müssen. Eine Versäumnis solcher Ausflüge ist eine Schulversäumnis und deshalb strafbar.

Annaburg. Die Auszahlung der Zusatzrente durch die hiesige Gemeindekasse erfolgt morgen Mittwoch, den 14. ds. Mts., von 16 bis 17¼ Uhr.

Axien-Kähnitzsch. (Hohes Alter). Am Sonnabend beging Herr Hering sen. Axien seinen 85. Geburtstag in körperlich rüstiger Frische. Er ist noch der einzige Veteran von 1870-71. An der Erstürmung der Spichener Höhen, der Schlacht bei Gravelotte und bei Sedan nahm er teil. Er gehörte dem Inf.-Reg. 67 in Nordhausen an.

Torgau. (Torgauer Volksschule geschlossen.) In der Stadtverordnetensitzung wurde vom 1. Bürgermeister davon Kenntnis gegeben, daß mit dem 9. September die Volksschule wegen des schlechten Gesundheitszustandes der Schulkinder, die von Diphterie, Mandelentzündung und Keuchhusten zu einem großen Teil befallen sind, geschlossen werden muß. Die Schließung wird zunächst auf drei Wochen ausgesprochen. In der Zwischenzeit werden die Räume desinfiziert und auch sonst alle Maßnahmen getroffen werden, um die Ansteckungsgefahr zu beseitigen. Nach den Ausführungen des 1. Bürgermeisters handelt es sich aber keinesfalls um eine ausgesprochene Epidemie, immerhin sei jedoch größte Vorsicht am Platze.

Schweinitz. (Geringe Pflaumenernte.) Die Pflaumenernte hat begonnen, doch ist der Ertrag noch weit geringer, als man anfangs angenommen hatte. Grundstücksbesitzer auf den Bergen, die in normalen Zeiten 10—15 Zentner verkaufen konnten, ernten in diesem Jahre nicht einmal den Eigenbedarf. Die Folge davon ist, daß die Nachfrage äußerst groß ist und die Preise selbstverständlich höher liegen.

Jessen (Elster). Ein 15jähriges Mädchen aus Schönewalde stahl während ihrer Besorgungen in Jessen in einem Geschäft mehrere Paar Strümpfe. Anschließend kaufte es in einem Schuhladen eine Kleinigkeit und entwendete während der kurzen Abwesenheit des Besitzers ein Paar Pantoffeln. Der Diebstahl wurde jedoch entdeckt, und so kam auch der erste Diebstahl heraus. Die jugendliche Diebin wird dem Jugendgericht zugeführt.

Jessen (Elster). Seit einigen Tagen ist die bei einem Gutsbesitzer in Oehna beschäftigte 23jährige Dienstmagd Minna Glockenstein spurlos verschwunden. Das Mädchen war nach dem Felde zum Kartoffelroden geschickt worden und kehrte nicht zurück. Auf dem Felde fand man den Korb und die Hacke vor. Auch das Frühstück befand sich noch im Korbe. Bisher ist es nicht gelungen, eine Spur von dem Mädchen zu finden. Aus den in ihrer Stube hinterlassenen Briefen ist auch kein Grund ersichtlich, der zum Verlassen der Dienststätte Anlaß hätte geben können.

Jessen, 12. September. Seinen 90. Geburtstag feierte heute der Winzer Karl Döbelt auf den Bergen. Döbelt ist einer von den wenigen noch lebenden Veteranen, die die drei Feldzüge 1864, 1866 und 1870-71 mitgemacht haben. Trotz seines Alters ist er gesund und rüstig.

Wittenberg. Die Leiche des bei Lützen am 16. November 1632 gefallenen Schwedenkönigs Gustav Adolf wurde auf ihrer Fahrt nach Schweden für eine Nacht in unserer Stadtkirche aufgebahrt. Die Stelle war bisher ohne Bezeichnung. Bei der 300. Wiederkehr des Todestages des Retters unseres evangelischen Glaubens soll dies nachgeholt werden. In die betreffende Steinplatte wird ein Messingkreuz eingelassen, daneben, gleichfalls in Messing ausgeführt, die Jahreszahl 1632 und die Inschrift: Gustav Adolf.

Wittenberg. (Schweres Unwetter.) Eine Windhose mit einem heftigen Sturmwind als Vorboten berührte am Sonnabendabend, von Westen nach Osten ziehend, zuerst Griebo, dann Apollensdorf, Piesteritz und auch Wittenberg. Der Sturm richtete allerlei Unheil an und brachte sogar den um 8.30 Uhr Apollensdorf passierenden Dessauer Personenzug dadurch zum Halten, daß er eine Birke entwurzelte und auf die Schienen warf. Auch Automobile und Motorräder konnten zeitweilig nicht weiter, weil die Chaussee mit Bäumen und Ästen dicht besät war. In Reinsdorf hat die Windhose ebenfalls übel gehaust. Ueberall sah man entwurzelte Bäume auf der Landstraße. Einen empfindlichen Verlust hat der Gartenbaubetrieb Möbius-Rothemark zu verzeichnen. Hier hat die Windhose, nachdem sie eine Pappel an der Neumühle umgelegt hatte, in den Gewächshäusern gewütet. Mehr als 100 Scheiben zersprangen klirrend von der Wucht des Sturmes, der ferner in den Bayerischen Stickstoffwerken die Dächer von zwei Abteilungen abgehoben und zerstört hat. In den früheren Guldenwerken brachte der Sturm einen Schuppen zum Einsturz, nachdem er vorher das Dach glatt abgekämmt hatte. Auf dem Bahnhofe in Piesteritz wurde das Dach des Dienstwohngebäudes teilweise abgedeckt. Der Sturm setzte auch die auf dem Bahnsteige bereitstehenden Gepäckbeförderungswagen in Bewegung und warf sie auf die Gleise. Unfälle sind jedoch nicht vorgekommen. Am stärksten hatte das Unwetter im Ortsteil Sportplatz und der Kolonie am „Volkspark" gewütet. In der Sportplatzsiedlung blieb fast kein Dach verschont; überall löste der Sturm Firste und Dachsteine, so daß es allenthalben durchregnete. In einem Neubau waren die Wassermassen in solcher Stärke eingedrungen, daß die neuverputzte Decke einstürzte. In diesem Ortsteil müssen Wind- und Wasserböen aufgetreten sein, denn anders lassen sich diese Schäden nicht erklären.

Wartenburg. (Rascher Tod.) Der 60jährige landwirtschaftliche Arbeiter Engelhardt von hier hatte sich an der Hand eine kleine Verletzung zugezogen, die jedoch anfangs nicht beachtet wurde. Die Wunde verschlimmerte sich aber derart, daß eine Blutvergiftung eintrat und der Bedauernswerte in das Wittenberger Krankenhaus eingeliefert wurde. Dort ist er an den Folgen der Vergiftung am Mittwoch verstorben.

Halle a. d. S. Der Mord an dem Arzt Dr. Boes, einem Bruder des Torgauer Kreisbauernmeisters und früheren Landtagsabgeordneten Boes-Mockrehna, hat eine überraschende Aufklärung gefunden. In Duisburg erschoß der 35jährige Kaufmann Heinrich Becker aus Halle den Goldschmied Heinz Buchholz, von dem er annahm, das er mit seiner Frau ein Liebesverhältnis unterhalten habe. Bei seiner Vernehmung gestand Becker, auch Dr. Boes erschossen zu haben, den er gleichfalls im Verdacht enger Beziehungen zu seiner Frau hatte. Becker war vor kurzem begnadigt worden, nachdem er eine längere Gefängnisstrafe abgesessen hatte, weil er im Jahre 1927 seine Frau aus Eifersucht erschossen hat. Nach der Begnadigung machte er sich auf die Suche nach den Nebenbuhlern, um auch an sie Rache zu nehmen.

Nichteritz. (Schändliches Treiben von Fischdieben.) Auf der alten Saale bei Markwerben liegen eine ganze Anzahl Fische tot an der Wasseroberfläche. Schleie und Karpfen von 4 bis 5 Pfund sind keine Seltenheit. Wie von einem Fischermeister festgestellt wurde, ist Carbid in das Wasser geworfen worden, wahrscheinlich in der Absicht durch eine Sprengung die Fische zu töten. Fischermeister, die die Fische eingesetzt haben und jetzt im Herbst fischen wollen, haben durch diese Bubenstat großen Schaden erlitten.

Trebbin. Sonnabend abend gegen ½7 Uhr wurde in Nunsdorf bei Trebbin der etwa 40jährige Kutscher Natzke vom Fuhrgeschäft Lehmann beim Heueinfahren vom Blitz erschlagen. Der Sohn des Besitzers Lehmann wurde schwer verletzt.

Cottbus. In einigen Ortschaften des Senftenberger Industriebezirks ist jetzt ebenfalls die spinale Kinderlähmung aufgetreten. Bisher sind 28 Fälle einwandfrei festgestellt, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Betroffen sind vor allem die Orte Klettwitz, Annahütte Zschipkau, Groß-Räschen und auch Senftenberg selbst. Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit sind eingeleitet.

Cottbus. Im Krankenhause starb eine 26jährige Hausangestellte an den Folgen einer Vergiftung. Sie hatte vor einigen Tagen größere Mengen Schlafmittel eingenommen und war darauf in tiefste Bewußtlosigkeit geraten, sodaß man sie ins Krankenhaus brachte. Dort war es nicht mehr möglich ihr Leben zu retten.

Stendal. (Unwetter über der Altmark.) Mehrere heftige Unwetter entluden sich Sonnabend abend in der Altmark. Nachdem erst gegen 6 Uhr nachmittags ein heftiges

Schwere Unwetter im ganzen Reiche

Von einem Unwetter, wie es schon seit langem nicht mehr geherrscht hat, wurde das ganze deutsche Küstengebiet heimgesucht. In Hamburg jagte eine Sturm- und Regenböe die andere. Mit ungeheurer Gewalt peitschte der Sturm, der Orkanstärke erreicht hatte, die Regenmassen durch die Straßen, alles, was nicht niet- und nagelfest war, mit sich reißend. Außerdem kam wolkenbruchartiger Regen hernieder. Von der Seewarte wurden Sturmböen in einer Stärke von 28 Sekundenmeter gemeldet. Die Stationen der Nordsee meldeten, daß im ganzen Küstengebiet

Orkan mit Stärke 12

wüte. Mit rasender Wucht trieb der schwere Nordweststurm die ungeheuren Wassermassen in die Elbmündung. Auf der Reede von Luxhaven mußten zahlreiche Schiffe aller Nationen vor Anker gehen. Die Deutsche Seewarte ließ durch Rundfunk bekanntmachen, daß für die deutsche Nordseeküste Sturmflutgefahr bestehe. Die Fluttide, die Hamburg am Montag früh erreichte, hatte einen erhöhten Wasserstand von anderthalb Meter über normal zur Folge, was Sturmflut bedeutete.

Im Neßtanal Finkenwärder kenterte infolge des Sturmes ein Boot; der Insasse versank im hohen Wellengang. Besonders schwer hat der Orkan im Hamburger Landgebiet gehaust, wo er das Obst zentnerweise von den Bäumen riß.

Sturm auch über Berlin.

Auch über Berlin tobte starker Sturm. Die Feuerwehr wurde von allen Seiten alarmiert. Sie mußte fortgesetzt Hindernisse, wie entwurzelte Bäume, herabgerissene Schilder, umgestürzte Zäune usw., wegräumen. 15 Personen erlitten Verletzungen.

Ein Zirkuszelt vom Sturme weggeweht.

In Danzig wurde das große Zelt des Zirkusses Konrado von dem starken Sturme vollständig zerfetzt und weggerissen. Die Stallungen wurden umgeworfen, so daß die Tiere nur mit Mühe aus den Zelttrümmern hervorgeholt werden konnten. Der Schaden, der angerichtet wurde, beträgt etwa 40 000 Mark.

*

Schweres Bootsunglück auf der Müritz.

Drei Personen ertrunken.

Die mit sechs Personen bemannte Segeljolle des Lehrers Langmacker aus Waren kenterte auf dem Müritzsee in einer schweren Regenböe. Drei Insassen konnten sich durch Schwimmen retten. Der Lehrer Otto Langmacker, sein zehnjähriger Sohn Günter und der 21jährige Student Walter Langmacker aus Levenstorf, ein Bruder des Bootsbesitzers, fanden den Tod in den Wellen.

Französischer Ballon vom Sturm nach Schlesien abgetrieben.

In der Nähe von Harpersdorf (Kr. Löwenberg) landete ein französischer Luftballon, der mit drei Personen besetzt war. Der Ballon war Sonnabend nachmittag in Paris aufgestiegen und hatte angeblich bis Brüssel fliegen wollen. Der starke Sturm hatte ihn bis nach Schlesien abgetrieben. Die französischen Passagiere sind vorläufig in der Nähe von Löwenberg einquartiert worden. Sie dürften nach Klarstellung ihrer Angaben wieder freigelassen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0003

Gewitter getobt hatte, ging gegen 8 Uhr ein neues Unwetter nieder, wie es in dieser Heftigkeit in der Altmark seit langem nicht zu verzeichnen war. In wenigen Augenblicken kamen so gewaltige Wassermassen hernieder, daß ganze Straßenzüge unter Wasser standen. In den Wolkenbruch mischte sich auch starker Hagelschlag. Die Obsternte wurde von den Bäumen geschlagen und vernichtet. Das Gewitter war von starken elektrischen Entladungen begleitet.

Holzfußra bei Sondershausen. (Vom Windmühlenflügel hochgeschleudert.) Beim Spielen hielt sich die zehnjährige Gertrud Vottrodt an einem Windmühlenflügel fest. Plötzlich wurde die Mühle in Betrieb gesetzt und das Mädchen wurde durch den Flügel mit hochgetrieben. Es stürzte aus beträchtlicher Höhe ab und erlitt einen schweren Oberschenkelbruch.

Gedanken zur Herbstbestellung.

Die Senkung der Produktionskosten als wichtigste Selbsthilfemaßnahme des Landwirts ist in der heutigen Zeit nach wie vor eine Frage von besonderer Bedeutung. Wenn schon vor dem Kriege die Verwendung von Stickstoffdüngemitteln im Halmfruchtbau eine befriedigende Rente abgeworfen hat, so ist die Wirtschaftlichkeit der Stickstoffdüngung bei dem heutigen Verhältnis von Getreide- zu Stickstoffpreisen unter allen Umständen gesichert. Bekanntlich haben sich ja die Getreidepreise auf der Vorkriegshöhe gehalten, während die Preise für Stickstoffdüngemittel seit dieser Zeit um etwa 45% gesunken sind. So wird die Tatsache verständlich, daß sich die Stickstoffdüngemittel zurzeit von allen Produktionsmitteln am höchsten verzinsen.

Unter Berücksichtigung seines hohen Gehaltes von ca. 65% schnellwirkendem Kalk (CaO) ist der Kalkstickstoff als der billigste zurzeit auf dem Markt befindliche Stickstoffdünger anzusprechen. Kalkstickstoff hat sich für die Herbstdüngung bestens bewährt, da er der Auswaschung nicht unterliegt. Er kräftigt die Kulturen, erhöht damit ihre Winterfestigkeit und stellt den Pflanzen bereits bei Erwachen der Vegetation im Frühjahr den für ein freudiges Wachstum erforderlichen Stickstoff zur Verfügung. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Felder ohne Schaden zur Ausführung einer Frühjahrsdüngung vielfach noch nicht betreten werden können. Hierdurch wird eine harmonische Entwicklung der Kulturen gewährleistet, die sich in der Verminderung der Lagergefahr und Verbesserung der Qualität äußert. Man verabfolgt zur Düngung der Herbstsaaten den Kalkstickstoff ca. acht Tage vor der Saat.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die lästigen Unkräuter des Wintergetreides, wie Windhalm, Kornblume, Vogelmiere, Kornrade, Klatschmohn u. a. m. durch eine Herbstkopfdüngung mit Kalkstickstoff vernichtet werden können, ohne daß die Stickstoffwirkung dadurch beeinträchtigt wird. Man bringt zu diesem Zwecke 150—200 kg ungeölten Kalkstickstoff/ha 3—7 Wochen nach dem Auflaufen der Wintersaaten auf die trockenen Kulturen aus.

Die gleichzeitige Verwendung des Kalkstickstoffs als Unkrautbekämpfungs- und Düngemittel ermöglicht die Durchführung zweier Betriebsmaßnahmen in einem Arbeitsgang und damit eine erhebliche Senkung der Produktionskosten.

Kochen Sie MAGGI's Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

— 32 Sorten —

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Zu der jetzigen schweren Zeit, wo Gemüse- und Kartoffelgerichte immer häufiger ohne Fleisch als vollständige Mahlzeit auf den Tisch kommen, ist Maggi's Würze eine wertvolle Hilfe bei deren Zubereitung. Wenige Tropfen den fertig gekochten Gerichten zugesetzt, geben kräftigen Wohlgeschmack und machen die Gemüse auch bekömmlicher.

„Haarglanz" heilt erkranktes Haar! Schlaff und spröde gewordenes Haar, das meist an gespaltenen Spitzen leidet, wird durch „Haarglanz" wieder frisch und elastisch. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Markt-Kalender.

15. Septbr.: Schweinem. in **Annaburg.**

„Wir und die Reaktion" ist das Thema, über das der Kreisleiter Pg. **Gerh. Bartsch,** Reichsredner **heute Dienstag, abends 8.30 Uhr** im Hotel **Waldschlößchen** sprechen wird.

Unkostenbeitrag 20 Pfg, Rentner, Erwerbslose und Kriegsbeschädigte 10 Pfg. **N. S. D. A. P.,** Ortsgr. Annaburg.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Vermählung danken wir herzlichst.

Walter Kunze und Frau Käthe
geb. Kleinsorg.

Annaburg, den 12. September 1932.

Der Stahlhelm

Heute 20.30 Uhr Versammlung bei Kamerad Dubro. **Der Führer.**

Eine neurenovierte **3 Zimmer-Wohnung** zu vermieten. **Mittelstr. Nr. 10.**

1 Wohnung, 3 Stuben und Küche, zum 1. Oktober zu vermieten. **Ackerstraße 8a.**

Prima Muspflaumen liefert jedes Quantum, pro Ztr. nicht über 8.— M. Bestellungen nimmt entgegen **Werner Otte und Herm. Tofaute**

O. Luschmann, Wallhausen (Helme). Telephon 16/50.

1 Oberwohnung sofort billig zu vermieten. **Ulmenstraße Nr. 13**

Eine Wohnung preiswert zu vermieten. **Louis Hofmann.**

Persil, groß	68 Pf.	Paket-Schnitzel	30 Pf.
Persil, klein	36 „	Waschlotz	68 „
Flottweg, groß mit Wertschein	60 „	Handstücken-Seife 9 und 10	„
Flottweg, klein mit Wertschein	32 „	Schmierseife	25 „
Frauenstolz	28 „	Wäscheklammern	35 „
Schwanenpulver	44 „	Petroleum	43 „
do. klein	24 „	Spiritus	58 „
Schnitzelpulver	25 u. 35	Welthölzer	35 „

Pa. Waschgummischürzen können ausgekocht werden **Wäscheleinen,** jede Größe, handgekordelt empfiehlt

Marta Stein.

Wiesen-Verpachtung.

Oberförsterei Annaburg verpachtet am **Montag,** den **19. September,** vormittag **11½** Uhr im **Waldschlößchen** öffentlich meistbietend nachstehende Wiesenparzellen:

Jagen 44, 61, 80, 95, 151 und 153 = Kabel Nr. 1/8, 11/13, 31/38, 72/94 und 1/7.

Die **Räumung** der **Heide-Gerbiswiesengräben** soll am **Sonnabend, den 17. September, nachm. 5 Uhr** im Gasthof zur **Weintraube** an den Mindestfordernden vergeben werden. **E. Bernstein.**

Acker-Verpachtung.

Verpachte meinen **Gärtnerfeldplan** und **Hüfnerfeldplan.**

Gustav Dubro sen.

Am Donnerstag von 7 Uhr ab

frische Seefische

in strammer Eispackung:

Kabliau, tfsl. / Goldbarsch / Fischfilet o. Gräten — zu den **billigsten** Tagespreisen

J. G. Fritzsche.

Keine Bange!

....es sind ja **BLEYLE-HOSEN**

- und die sind unverwüstlich!

In allen Größen und Farben stets vorrätig bei

Carl Quehl.

Farben
Firnis
Lacke
Pinsel
Schablonen

kauft man am billigsten und in bester Qualität

nur bei

J. Kählig's Nachf.

Inh.: **Martha Müller,** Mühlenstr. 40.

Cellophan-Papier
Salyzil-Pergament

für die **Einmachezeit** empfiehlt

Herm. Steinbeiss, Papierhandlg.

Kinder-Nährmittel

Nestle und Kufeke's Kindermehl, Condensierte Milch, Hafermehl, Haferflocken, Opel-Nährzwieback, Milchzucker, Kassler Hafer-Kakao, Kalzan, Lebertran-Emulsion empfiehlt

Drogerie und Photo-Haus Otto Schwarze,
Torgauer Straße 12.

Bereiten Sie Ihre **Marmeladen** und **Gelées** nur mit

Opekta, es erspart Ihnen Zeit und Geld!

kleine Flasche . . . . . **86** Pf.
(ausreichend für 7—10 Pfd. Marmelade)
große Flasche . . . . . **1.53** Mk.
(ausreichend für 14—20 Pfd. Marmelade)
in Pulverform . . . Paket **45** Pfg.
(ausreichend für 4 Pfd. Marmelade)

Rezeptbücher gratis!

J. Kählig's Nachf. Inh. **Martha Müller** Mühlenstr. 40.

Fahrräder

Boston	50.— Mk.
Ideal	60.— Mk.
Opel-Blitz	75.— Mk.
Klaweto, 3/4 Ballon	75.— Mk.
Elfa, Ballon	85.— Mk.

Alle Räder mit Freilauf

Decken 1.60, Schläuche 0.75, Ketten 1.— Pedalen 1.25, Glocken 0.30, Griffe 0.40 Netze 0.75, Sättel 3.50, Satteldecken 0.75 Pumpen 0.50 u. 0.90, Freilaufnabe 8.— Rücklicht 0.25, Boschlampen 12.50

Alle Reparaturen und Ersatzteile

Fritz Rödler, Fernruf 253

Schablonen-Papier hält wieder am Lager **Hermann Steinbeiß.**

Scheuertücher in **guter Qualität** zu verschiedenen Preislagen. **J. G. Fritzsche.**

Fliegenfänger empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Was niemand ungesehen glauben mag: **Sonder-Angebot 6 Pf.-Zigarre** mit feinem Sumatra gedeckt i. 10½ cm Länge

Bitte beschauen Sie meine Auslagen, die Ihnen bestätigen, daß außerdem jede Ware eines guten Cigarren-Fachgeschäfts preiswert erhältlich ist. **Louis Hofmann,** Torgauer Str. 20

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0004

Die Programmerklärung des Reichskanzlers im Rundfunk.

Die im Reichstag nicht gehaltene Rede.

Reichskanzler von Papen hielt im Rundfunk die große Ansprache, die er ursprünglich im Reichstag halten wollte.

Er wandte sich an seine deutschen Landsleute und beschäftigte sich zunächst mit den

Vorgängen im Reichstag.

Er hob hervor, daß ihm Reichstagspräsident Göring, obwohl er sich zweimal zum Worte gemeldet habe, nicht das Wort erteilt habe. Der Reichstag habe es abgelehnt, die Regierungserklärung anzuhören, während er noch vor kurzem in lautloser Stille der Rede der aus Moskau zugereisten kommunistischen Abgeordneten Zetkin mit Andacht gelauscht habe. Der Reichskanzler betrachtet das Vorgehen des Reichstagspräsidenten als verfassungswidrig, und hält alle vom Reichstag gefaßten Beschlüsse für hinfällig. Reichskanzler von Papen behandelte sodann in seinem ersten Teil der Regierungserklärung

die Außenpolitik.

Er betonte hierbei, gegenüber Vorwürfen, daß die jetzige Reichsregierung sich nur auf eine schmale Basis stützen könne, daß in außenpolitischen Fragen die Reichsregierung das ganze Volk hinter sich habe, wenn es sich darum handle, für die Freiheit und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes zu kämpfen. Reichskanzler von Papen kam sodann auf

die Abrüstungsfrage

zu sprechen. Er hob hervor, daß kein Volk so stark die Abrüstung betreibe wie Deutschland. Unter der Voraussetzung, daß auch die anderen Mächte die im Versailler Vertrag festgelegte Abrüstung befolgen, würde Deutschland die weitestgehenden Vorschläge der Abrüstung hinnehmen. Es sei aber unerträglich, daß Deutschland weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt werde. Die aus Frankreich jetzt auf das deutsche Memorandum eingegangene Antwort lasse leider kein Entgegenkommen der anderen Seite erkennen. —

Deutschland werde an der weiteren Arbeit der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor die Abrüstungsfrage sich nicht in unserem Sinne geklärt habe.

Über die Schritte, die Deutschland zur weiteren Behandlung einschlagen werde, werde das Kabinett in den nächsten Tagen Beschluß fassen. Deutschland stehe in dieser Frage nicht allein; auch Mussolini habe erst unlängst die Haltung Deutschlands als durchaus gerechtfertigt anerkannt.

Ungeheure Spannungen machen es den großen Staatsmännern zur Pflicht, alle jene Maßnahmen zu ergreifen, um die europäische Lage zu stabilisieren. Deutschland hat dieser Idee fortdauernd Opfer gebracht. In diesen Tagen unternimmt es einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung der letzten Reserven

Arbeit und sozialen Frieden zu schaffen.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den

Wirtschaftskurs entscheidend zu ändern

und den Kampf gegen die Wirtschaftsschrumpfung mit allen Mitteln aufzunehmen. Das große Ziel, das die Reichsregierung sich gestellt hat, und daß sie ihrer festen Meinung nach erreichen wird, ist

die entschiedene Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Noch liegt die furchtbare Krise über der Welt und über Deutschland, aber schon machen sich allenthalben

langsame Zeichen einer Besserung

bemerkbar. Das größte Stück Weg durch das Krisental ist zweifellos zurückgelegt und wir sind zu der Hoffnung berechtigt, daß es gelingen wird, die Hindernisse kraftvoll endgültig auszuscheiden.

Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für richtig gehalten, um mit dem Ihnen bekannten Wirtschaftsprogramm zu beginnen.

Dreiviertel Milliarden werden in den nächsten Monaten zur Verfügung gestellt werden. Zu den 135 Millionen Mark für öffentliche Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms treten neue Reichsmittel. Die Hemmungen, die bisher den freiwilligen Arbeitsdienst behindert haben, sind beseitigt worden. Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen ist auf 200 000 gestiegen. Wir haben das durch die Ausstattung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einem Betriebsvermögen von 75 Millionen Mark erreicht.

Die bäuerliche Siedlung

wird von der Reichsregierung als eine der bedeutendsten Fragen angesehen. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung ist hier eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen von jetzt ab gewährleistet. Ein großzügiger Siedlungsplan kann also hier durchgeführt werden, zumal außer den im Etat vorgesehenen 150 Millionen weitere 50 Millionen Mark für die Besiedlung unrentabler Güter angesetzt sind. Es war der Reichsregierung klar, daß mit der bisherigen üblichen Methode allein der Kampf nicht durchgeführt werden konnte. Ein großzügiger Plan ist notwendig. Die Einzelheiten dieses Planes darf ich als bekannt voraussetzen. Die wichtigste Voraussetzung jeder deutschen Politik muß sein,

die selbständige Nahrungsmittelpolitik

sicherzustellen. Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft haben, wie ich schon sagte, nur das eine große Ziel, nämlich

den Sieg über die Arbeitslosigkeit.

Das ist die beste Sozialpolitik, die gemacht werden kann. Der Herr Reichspräsident hat am 30. August in Neudeck sich dahin geäußert,

die Lebenshaltung der deutschen Landwirtschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.

Man hat das Programm als reaktionär und unsozial abgelehnt. Meine Damen und Herren, wir lassen uns von niemandem im deutschen Volke von unserem Programm beirren.

Der Grundgedanke unserer sozialpolitischen Maßnahmen

ist der, daß die vorhandenen Mängel auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Wenn ich mich nicht täusche, ist dies das A und O eines jeden Arbeitsbeschaffungsprogramms gewesen, das befürwortet worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß in den Besprechungen zweier großer Parteien Möglichkeiten für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung gefunden seien. Damit ist wohl nur mit einer Anzahl von Verbänden ein Programm ausgearbeitet worden. Die Reichsregierung begrüßt diesen Plan auf das dankbarste. Sie steht mit dem Ausschuß in ständiger Fühlung und ist bemüht, neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern, wird eine Produktionserhöhung möglich sein. Die Reichsregierung ist zu Reformen gezwungen, so beispielsweise auf dem Gebiete

der Sozialversicherungen.

Es gilt, diese lebensfähig zu erhalten. Nur dadurch können wir die Zahlung der Renten sichern.

Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlerworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Arbeiterschutzes aufzuheben oder die Begriffe des Tarifvertragwesens zu zerstören. Das Mißtrauen, das in dieser Hinsicht uns entgegengebracht ist, ist grundlos.

Wir werden vor dem Erlaß von Verordnungen alle Beteiligten hören, die nur irgendwie in Frage kommen. Wir wissen, daß die von uns beabsichtigten Reformen nicht populär sind, aber wir wissen auch, daß wir nur dadurch Deutschlands soziale Einrichtungen retten können. Ich möchte hier noch eine ernste Mahnung aussprechen: Alle Maßnahmen, die wir treffen, gelten nur

für eine Übergangszeit von zwölf Monaten.

In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und dadurch unseres Staates.

Der Reichskanzler wandte sich in seinen weiteren Ausführungen

an die Unternehmerschaft,

die ihnen jetzt anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des Volkes zu verwenden. Die Reichsregierung werde mit aller Strenge gegen etwaige

Parasiten der Wirtschaft

vorgehen. Die Reichsregierung rufe das deutsche Volk zur letzten Anstrengung auf, damit die furchtbaren Jahre auf immer hinter ihm versinken möchten. Der Reichskanzler kam dann weiter auf den Umbau des staatlichen Lebens zu sprechen.

Wir stehen, so führte er aus, am geistigen Wendepunkt einer Epoche, am Wendepunkt des liberalen Jahrhunderts. Unser Staat sei auf den Doktrinen der reinen formalen Demokratie aufgebaut, die in entscheidenden Punkten sich als lebensgefährdend für den Staat erwiesen haben.

Die Reichsregierung habe schon betont, daß sie ihre historische Mission in der Beseitigung dieser Fehler erblicke.

Ebenso verfehlt wäre es, an die Stelle der bisher bestehenden Parteikonstellationen etwa die

Diktatur einer Partei

zu setzen, eine Staatsform, die nie der des deutschen Volkes entspreche. Haben denn Millionen den Kampf gegen das System der Parteiherrschaft geführt, damit er ausmünde in eine neue Parteiherrschaft, nur mit umgekehrten Vorzeichen? Die Regierung vertrete den Standpunkt, daß

das System der formalen Demokratie abgewirtschaftet

habe und nicht zu neuem Leben erweckt werden könne, und nur die Herstellung einer wahren, wahrhaft überparteilichen Staatsführung könne Deutschland die Rettung bringen.

Die Politik sei eine Sache geworden, bei der Lug und Trug, Gemeinheit, Unwahrhaftigkeit und List erlaubt sei. Diese Art Politik zu führen bedrohe Deutschlands Existenz.

Was als politisches Recht und freie Meinungsäußerung betrachtet werde, sei zum Recht auf Verhöhnung und Verächtlichmachung der anderen geworden. Dieser Verwilderung des politischen Kampfes werde und müsse ein Ende gesetzt werden.

Moskowitische Methoden hätten in Deutschland keinen Raum. Wenn

die Nationalsozialisten

heute die schon etwas verstaubten Requisiten vergangener Jahre glauben hervorholen zu müssen, wenn sie glauben, daß sie in einen Kampf gegen die „feinen Leute", „Barone" und „Herrenschichten" neue Wahlerfolge erzielen werden, wenn sie zu den Methoden des von ihnen terrorisierten Klassenkampfes glauben zurückgehen zu sollen, so werden sie

eine bittere Enttäuschung erleben,

denn in diesen Kampfmethoden sei ihnen der Marxismus aller Schattierungen weit überlegen. Die Herren der Nationalsozialistischen Partei werden dabei ihr Ziel verfälschen und zerschlagen, ihr Ziel,

die Nation um der Nation willen auf einer nationalen Basis zu einen.

Und sie werden sich selbst in Gegensatz setzen zu der großen Leistung der Vergangenheit, mit der sie den nationalen Gedanken im deutschen Volke wieder zu Ehren gebracht haben.

Der Kanzler wandte sich dann nochmals gegen den Kulturbolschewismus. Nicht private Anschauungen, sondern

die ewigen Werte des christlichen Glaubens

müßten die Grundlagen sein für die Erziehung der Nation. Damit das deutsche Volk an der Erziehung seiner Kinder arbeiten könne, dürfte es nicht durch parteipolitische Konstellationen abgehalten werden. Der Reichskanzler empfand es als Pflicht, wenn er sich in dieser Stunde vor

die historische Persönlichkeit des Reichspräsidenten stellt.

Das deutsche Volk habe ein Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das es ihm in diesem Führer an der Spitze der Nation gegeben habe. Jeder gute Deutsche habe sicher nur mit Kopfschütteln und Abscheu von den Reden Kenntnis genommen, die jede Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen ließen. Der Reichskanzler kam schließlich nochmals auf

die Reichsreform

zu sprechen, die auf Grund der Erfahrung der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat durchgeführt werden soll, ohne daß dadurch das Eigenleben der Länder angetastet werden soll. Eine dringliche Frage sei die Lösung Reich — Preußen. Es müsse ausgeschlossen sein, daß im Reich und in Preußen gegeneinander oder nebeneinander regiert werde, und daß das Reich der Exekutive des größten Landes machtlos preisgegeben sei. Zum Schluß forderte Reichskanzler von Papen auf, der Regierung die Durchführung ihres Programms zu ermöglichen. Er rufe deshalb dem Lande in dieser Stunde zu:

Mit Hindenburg und mit Deutschland!

Begleitmusik.

Am gleichen Tage, als der französische Kabinettsrat beschloß, Sonderverhandlungen mit Deutschland über die Frage der militärischen Gleichberechtigung abzulehnen, hat der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson — früher, unter Macdonald, englischer Außenminister — das Sekretariat des Völkerbundes beauftragt, die Mitgliedstaaten zunächst einmal des Abrüstungsausschusses davon zu unterrichten, daß das Büro der Abrüstungskonferenz sich Mitte nächster Woche in Genf versammeln und das weitere Arbeitsprogramm bestimmen würde.

Natürlich hat sofort das ganze Rätselraten eingesetzt, wie sich denn nun Deutschland, das auch zu den Mitgliedstaaten gehört, gegenüber dieser Einladung zu der Bürositzung verhalten würde. Gleichzeitig mit dem Tage ferner, an dem die französische Antwortnote in Deutschland veröffentlicht wurde, ist in Genf ein Sonderausschuß für die Beschränkung der Rüstungsausgaben zusammengetreten, und auch für ihn gilt das oben erwähnte Rätselraten. Man hat in Genf keine große Hoffnung, daß sich Deutschland nun trotz der Ablehnungsnote des französischen Kabinetts wieder auf das Gleis der Abrüstungskonferenz irgendwie zurückschieben läßt, sondern rechnet damit, daß sich die deutsche Reichsregierung nach wie vor auf den Standpunkt der Erklärung stellt, die der deutsche Vertreter auf der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz abgegeben hat und die nun auch noch durch die bekannten Ausführungen des deutschen Außenministers unterstrichen worden ist. Erst die nächsten Tage freilich werden ergeben, ob die französische Note auch für die Praxis jede Möglichkeit anderweitiger diplomatischer Verhandlungen endgültig verbaut hat oder nicht. Im übrigen muß in diesem Zusammenhange noch erwähnt werden, daß Ende nächster Woche auch die Septembertagung des Völkerbundrates eröffnet wird und sich damit zum mindesten eine Gelegenheit zu einer weiteren Aussprache über diese Streitfrage der deutschen Gleichberechtigung finden kann.

Gleichzeitig auch mit der Übermittlung der französischen Antwortnote an Deutschland gab es an der Marne eine ganz besonders laute und feierliche Begleitmusik, die allerdings in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der schroffen Ablehnung Frankreichs gegenüber dem deutschen Willen zur allgemeinen Gleichberechtigung steht. Die Enthüllung des großen Marnedenkmals, das am achtzehnten Jahrestag der Schlacht an der Marne errichtet worden ist, erfolgte sonderbarerweise in Gegenwart des amerikanischen Botschafters, obwohl amerikanische Truppen an jener Schlacht nicht mit einem Mann beteiligt waren. Aber was der Botschafter Edge, dem man übrigens eine besonders starke Franzosenfreundschaft nachsagt, gerade über die Frage der nationalen militärischen Sicherheit sprach, war zwar eigentlich nur für die „Sieger an der Marne" gemeint, sollte aber auch für die anderen Völker gelten, die nun immer wieder als „Besiegte" bezeichnet, auch als solche behandelt werden. Wenn der Amerikaner das alte Sprichwort, der Hausherr müsse auch Herr im eigenen Hause sein, auf nationalem Gebiete und in der internationalen Praxis auch wirklich zur Anwendung bringen lassen wolle, so bedeutet dies ja nach seinen eigenen Worten, „daß eine Nation Herrin innerhalb ihrer Landesgrenzen sein muß." Und der nun folgende Satz könnte über die ganze deutsche Aktion zur Herbeiführung einer militärischen Gleichberechtigung gesetzt werden: „Das wichtigste Recht einer Nation besteht darin, daß sie gegen die Gefahren eines feindlichen Einbruches geschützt sein muß." Das alles hat Herriot natürlich in dem Sinne umgebogen, jenes Recht nur der eigenen Nation, also der französischen zuerkennen zu wollen, höchstens noch den mit ihr verbündeten und „assoziierten" Ländern. Gegen diesen Ungeist jenseits des Rheins zu protestieren ist ein Bemühen, das hoffnungslos zu sein scheint. Ebenso hoffnungslos ist es, den Angriffen eines Paul-Boncour deutscherseits noch entgegenzutreten; er ist jetzt französischer Kriegsminister! In Gegenwart des Staats- und Ministerpräsidenten, feierlich sozusagen vor der ganzen Welt, lehnte dieser Kriegsminister es ab, „daß man Frankreich die gerechten Waffen wegnimmt; es wird sich seinen Sieg nicht entreißen lassen". Warum daher eigentlich in Genf angesichts derartiger Ausführungen überhaupt noch die Abrüstungskonferenz fortgesetzt werden soll, vermag man nicht recht einzusehen!

Die preußische Staatsregierung gibt bekannt, daß der Reichskommissar Dr. Bracht sein Gehalt als Oberbürgermeister von Essen weiterbezieht und daß der Preußische Staat für die Zeit seiner Beurlaubung als Oberbürgermeister das Gehalt übernommen hat. Weitere Bezüge hat der Reichskommissar in Preußen nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0005

Saartagung in Koblenz

Am Deutschen Eck kam der geschlossene Wille zur Rückkehr des Saargebietes zum Reich zu mächtigme Ausdruck!

Aus Anlaß der 12. Tagung des Bundes der Saarvereine und der großen deutschen Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet am Deutschen Eck hatte die Stadt Koblenz außerordentlich reichen Flaggenschmuck angelegt. Mit einer Mitglieder- und Vertreterversammlung in der festlich geschmückten Festhalle leitete der Bund der Saarvereine seine Jahrestagung 1932 ein. An die Arbeitstagung schloß sich eine große öffentliche Versammlung, an der nahezu 3000 Vertreter der einzelnen Gruppen des Bundes der Saarvereine teilnahmen. Die Versammlung wurde eröffnet mit einer Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz, Dr. Rosendahl, der

die besondere Verbundenheit der Rheinlande mit dem Saargebiet

unterstrich. „Möge der Tag bald erscheinen", so schloß er, „an dem die Saarlande wieder mit uns, mit dem deutschen Vaterland, vereint sind."

Sodann ergriff der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. e. h. Fuchs, das Wort und überbrachte die herzlichen Wünsche der Reichs- und Staatsregierung und sagte Dank und Anerkennung für

die unverbrüchliche Treue,

die die Saarländer dem Deutschen Reich bewahrt haben. Das Kapitel über das Saargebiet, so führte er u. a. aus, ist eines der unseligsten und unglücklichsten in dem Versailler Machtspruch. Man hat ein urdeutsches Gebiet vom Mutterlande losgerissen, damit es fünfzehn Jahre lang überlegen soll, ob es zu seinem Vaterlande zurückkehren oder eine Regierungsform beibehalten will, die gänzlich unmöglich ist, oder ob es sogar zu einem fremden Lande gezwungen wird. Heute wäre es Zeit, dieses traurige Kapitel aus der Welt zu schaffen. Wenn in dieser Woche die maßgebenden Völker sich entschließen könnten,

das Saarland an Deutschland zurückzugeben,

so würde das eine gewaltige Bedeutung für den Frieden der Völker und auch für die Verständigung mit dem Nachbarn haben. Eine solche Tat wäre wertvoller als alle Konferenzen. Leider sehen wir aber nirgendwo eine Möglichkeit, daß so etwas geschieht. Es bleibt also die Entscheidung durch den Stimmzettel, und wie diese Entscheidung ausfallen wird, darüber kann kein Zweifel sein, im Saargebiet wie im ganzen deutschen Volk.

Darauf wurde ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg verlesen. Außerdem war eine ganze Anzahl Telegramme und Begrüßungsschreiben aus allen Kreisen im Deutschen Reiche eingegangen, in denen der Wunsch der baldigen Wiedervereinigung des Saarlandes mit dem Mutterlande zum Ausdruck gebracht wurde. Den Höhepunkt der Tagung brachte

die große deutsche Kundgebung am Deutschen Eck,

zu der etwa 25 000 Menschen versammelt waren. Senatspräsident Andreas, der erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, hielt die Begrüßungsansprache und erklärte, das Saargebiet werde dem Reich wiedergegeben werden durch die Einigkeit und Treue des Saarvolkes, das sich zur Volksabstimmung rüste, die 1935 ein Ende machen werde mit dem

Spuk der aufgezwungenen Fremdherrschaft.

Pfarrer Wilhelm aus Wehrden (Saar) hielt die Festansprache. Die deutsche Saarbevölkerung halte treue Wacht an der Westmark, bis durch die Abstimmung alle Absichten Frankreichs auf dieses Land zunichte geworden seien. Wie der Saarländer trotz aller Leiden, Bedrückungen und Lockungen dem Reiche die Treue gehalten, so erwarte er, daß auch ganz Deutschland für das Saargebiet einstehe und ihm die Treue halte. Der Redner schloß mit dem Rufe: „Höre, Mutter Germania, die Saar, deine Tochter, ruft nach dir! Sie will wieder zu dir! Bedingungslos, restlos, auf immer!"

Im Anschluß an die Festrede wurde

eine Entschließung

verlesen, in der es heißt, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet überholt sind. Das Volk an der Saar hat eindeutig und einmütig fortgesetzt die Rückkehr des Saargebiets unter die deutsche Herrschaft gefordert. Es hat dreizehn Jahre vergeblich auf die Berücksichtigung seines klar zutage liegenden Willens gewartet und rüstet sich nunmehr zu der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung. Dann wird sich kein Zweifel mehr über seinen Willen hervorwagen können.

Die Brüder und Schwestern im Reich schauen mit Bewunderung auf den Kampf für Volkstum und Freiheit, der an der Saar geführt wird, und schwören den Volksgenossen: Treue um Treue.

Protest des Reichsstädtebundes.

Gegen die Verwaltungsreform in Preußen.

In Berlin trat der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes zusammen, um zu wichtigen Fragen der Kommunalpolitik Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen zahlreiche Vertreter der Reichs- und Länderbehörden teil.

Der Bundespräsident, Oberbürgermeister Dr. Belian, bezeichnete es als einen Schlag ins Gesicht für die Städte unter 10 000 Einwohnern, daß sie durch die letzte preußische Verordnung unter die Dienstaufsicht der Landräte und die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kreisausschüsse gebracht seien. Durch die neue Regelung werde die reibungslose Zusammenarbeit der Behörden zum Nachteil der Bevölkerung ernstlich gefährdet. Der Reichsstädtebund verwahre sich mit aller Entschiedenheit gegen die Minderung der Rechte der betroffenen Städte und verlange Aussetzung der beanstandeten Bestimmung, bis die Verhandlungen mit dem Reichsstädtebund eine befriedigende Lösung ergeben haben.

Der geschäftsführende Vizepräsident Dr. Voigt begrüßte die Beibehaltung des Regierungspräsidenten. Auch gegen die Zusammenlegung der allgemeinen Landesverwaltung innerhalb des Landkreises beim Landrat seien keine Bedenken zu erheben. Dagegen finde die Unterstellung der kreisangehörigen Städte bis zu 10 000 Einwohnern unter die Staatsaufsicht des Landrats und die Erklärung des Kreisausschusses zur Beschlußbehörde die schärfste Ablehnung. Gerade die mit der Staatsaufsicht betrauten Behörden müßten von lokalen Einflüssen unabhängig sein. Es handele sich hier um den in der deutschen Rechtsgeschichte einzig dastehenden Fall, daß durch Gesetz von zwei widerstrebenden Parteien eine zum ständigen Richter in eigener Sache berufen werde. Über allem stehe das Problem der Aufblähung des Verwaltungsapparates der Landratsämter. Die Forderungen des Reichsstädtebundes wurden im Sinne der Vorträge in einer Entschließung niedergelegt.

Der geschäftsführende Präsident Dr. Haekel sprach über kommunale Finanzfragen. Er begrüßte das Arbeitsbeschaffungsprogramm und den freiwilligen Arbeitsdienst, da sie geeignet seien, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, deren Gesamtzahl 53,4 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen betrage, zu verringern. Eine Erhöhung der Wohlfahrtsbeihilfe des Reiches sei unerläßlich.

Das VdA.-Fest im Deutschen Stadion.

Eine Botschaft Hindenburgs.

Das Deutsche Stadion im Grunewald stand am Sonntag im Zeichen des blauen Wimpels des Vereins für das Deutschtum im Ausland. An dem vom VdA., Landesverband Mark Brandenburg, veranstalteten „Fest der deutschen Schule", das die Aufgabe hatte, die Verbundenheit der deutschen Schulen im In- und Auslande darzutun, wirkten 12 000 Kinder der höheren, mittleren und Volksschulen Berlins mit.

Oberbürgermeister Dr. Sahm ermahnte in seiner Ansprache die Jugend, nicht zu vergessen, daß die Not der Zeit die deutschen Auslandsschulen und damit die Pflege deutscher Sprache und deutscher Eigenart auf das schwerste bedrohe. Der ganzen Welt müsse der Gedanke eingehämmert werden, daß die Deutschen ihre Aufgabe, für den Schutz der Brüder draußen zu sorgen, sehr ernst nehmen.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sprach im Namen der Reichsregierung und der preußischen Regierung dem VdA. herzlichen Dank dafür aus, daß er es zum erstenmal unternommen habe, in großem Maßstabe ein Fest der Jugend aufzuziehen, das dem Gedanken an die Millionen deutscher Volksgenossen außerhalb der Grenze des Reiches gewidmet sei. Im Auftrage des Reichspräsidenten verlas er eine Botschaft, in der der Reichspräsident den Wunsch ausdrückt, daß die Feier als

kraftvolles Bekenntnis zum deutschen Volkstum

diesseits und jenseits der Reichsgrenze zur Festigung der Bande dienen möge, die uns mit unseren deutschen Brüdern im Auslande verbinden. Die Jugend möge die Überzeugung mitnehmen, daß nur zielbewußtes, treues Zusammenhalten aller Volksgenossen über die Meinungsverschiedenheiten des Tages hinweg unserer deutschen Nation den Weg zum Wiederaufstieg bahnen könne. Der Minister führte weiter aus, das oft und gern mit Begeisterung gesungene Lied: „Deutschland, Deutschland über alles" bedeute nicht, daß wir uns über andere Völker hinwegsetzen. Es solle heißen, daß

Deutschland über alles in unserem Herzen steht,

daß wir eine Liebe haben, die Deutschland heißt, einen Wunsch, Deutschland zu dienen, unser Leben hindurch und eine Sehnsucht, Freiheit und Zukunft unseres Volkes.

Reichsminister a. D. Dr. Geßler, der erste Vorsitzende des VdA., hob in seiner Ansprache hervor, die Tatsache, daß jeder dritte Deutsche außerhalb der Grenze des Reiches lebe, stelle das Reich vor eine Aufgabe, wie sie kein anderes Volk zu lösen habe.

Den Sinn des Festspiels erläuterte der erste Vorsitzende des Landesverbandes Mark Brandenburg, Studiendirektor Dr. Gastor mit der Mahnung Schillers aus „Wilhelm Tell": „Seid einig, einig. Nur durch Einigkeit könne das deutsche Volk seine Freiheit wiedererlangen."

Das Grundrecht jedes Volkes.

Amerikas Botschafter bei der Einweihung des Marneschlachtdenkmals.

Bei der Einweihung des von Amerikanern gestifteten Marneschlachtdenkmals in Vareddes bei Meaux hielt der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, eine Rede, in der er die amerikanisch-französische Freundschaft stark unterstrich. Er erklärte, nach amerikanischer Auffassung bestehe das Grundrecht jedes Volkes darin, daß es gegen die Gefahr eines Einfalls geschützt sein müsse. Der Glaube an die Gerechtigkeit dieses Grundsatzes sei im amerikanischen Volk so tief verwurzelt, daß es stets seinen moralischen und nötigenfalls seinen materiellen Beistand der überfallenen Nation leiste. Dieser Gedanke habe den Geist Amerikas beherrscht, als es beschlossen habe, dieses Denkmal für den entscheidenden Sieg an der Marneschlacht zu stiften. Dieser Gedanke sei auch in dem Briand-Kellogg-Pakt ausgedrückt.

„Möge dieses Denkmal", so schloß Edge, „den beiden Völkern eine Zusammenarbeit auf allen materiellen und moralischen Gebieten einimpfen. Diese Zusammenarbeit soll allen Völkern so lange als Beispiel dienen, bis der Geist der Begierde und Revanche einer neuen Ordnung der Dinge Platz gemacht hat, die auf internationalem Vertrauen, gleichgeordneten Beziehungen und dem Frieden begründet sein wird."

Die Reichspost teilt mit, daß Erwägungen darüber schweben, daß im Rahmen einer Verwaltungsreform eine Einsparung mittlerer Stellen, wie bei anderen Behörden, so auch bei der Reichspost beabsichtigt sei. Irgendwelche Einzelheiten über den Zeitpunkt und Umfang dieser Reform stehen zur Zeit noch nicht fest.

Die verräterischen Anzüge.

Verhaftung eines Mörders.

Der Mord an der 56jährigen italienischen Sprachlehrerin Emma Carl-Bruscato, die am Abend des vergangenen Mittwochs in ihrer Wohnung am Tempelhofer Ufer 32 in Berlin erdrosselt worden war, wurde von der Berliner Kriminalpolizei dank der intensiven Mitarbeit des Publikums überraschend schnell aufgeklärt. Sonntag konnte auf Veranlassung der Mordkommission in Stuttgart der Täter, der 23jährige Bürogehilfe Friedrich Stark überraschend festgenommen werden.

Bei dem Täter handelt es sich um einen sogenannten Einmietedieb, der in den letzten Jahren wiederholt mit den Behörden in Konflikt gekommen war. Dabei konnte sehr bald ermittelt werden, daß Stark am Donnerstag und Freitag in verschiedenen Berliner Lokalen aufgetaucht war und dort ziemlich viel Geld ausgegeben hatte. Gleichzeitig stellte man fest, daß der Bursche zwei neue gestohlene Anzüge, die Dr. Wantrup gehörten, der bei der Ermordeten wohnt, verkauft hatte. Die Eltern Starks, gutsituierte Bürgersleute, leben in Stuttgart und haben mit ihrem Sohn schon viel Kummer gehabt.

Zwirko tödlich verunglückt.

Tragisches Ende des Siegers im Europarundflug.

Der Sieger im Europarundflug, der polnische Flieger Zwirko, ist auf einem Fluge nach Prag zu einem Flugwettbewerb bei Horni Terlicko in der Nähe von Teschen mit seinem Flugzeug tödlich abgestürzt. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Zwirko und sein Begleiter Wigura wurden als Leichen aufgefunden.

Nach den ersten Feststellungen ist das Flugzeug über den Beskiden in einen Wirbel- oder Gewittersturm geraten, wobei der linke Flügel abbrach. Das Flugzeug stürzte in der Nähe von Tschechisch-Teschen hart an der polnisch-tschechischen Grenze auf einen Berg und wurde an einem Baum vollständig zertrümmert aufgefunden. Die Leichen Zwirkos und seines Begleiters, die furchtbar verstümmelt waren, wurden nach der nächsten Eisenbahnstation geschafft, von wo sie nach Warschau abtransportiert werden.

Der Tschechische Aeroklub in Prag, der sofort von dem Unglück benachrichtigt wurde, hat den beabsichtigten Sternflug sofort abgebrochen. Der zertrümmerte Apparat war derselbe, mit dem Zwirko die Meisterschaft im Europaflug errang.

Die fliegende Familie in Seenot.

Das Flugzeug des Amerikaners Hutchison, der mit seiner Frau und seinen beiden Kindern von Amerika nach Europa fliegen wollte, ist an der Küste von Grönland in Seenot geraten. Das Flugzeug ist auf dem Wasser niedergegangen und hat SOS.-Hilferufe gefunkt. Das war am Sonntagmittag um 3 Uhr. Eine Stunde lang war der Funkruf des Flugzeugs zu hören, dann verstummte er. Die SOS.-Rufe wurden von dem englischen Fischdampfer „Lord Talbot", der in der Nähe der Unfallstelle fischte, aufgefangen. Der Dampfer eilte sofort an die angegebene Stelle, fand aber von dem Flugzeug keine Spur. Die Nachforschungen nehmen ihren Fortgang.

Erfolglose Nachforschungen nach der „fliegenden Familie".

Die Hoffnung auf Rettung nicht aufgegeben.

Wie die dänische Radiostation Lyngby (Grönland) meldet, ist das Suchen nach dem vermißten Flugzeug der „fliegenden Familie" Hutchisons bisher vollständig ergebnislos geblieben.

Der stellvertretende Direktor der Gröndlandkolonie in Kopenhagen erklärte, die Maschine sei wahrscheinlich auf dem Meere in nächster Nähe der Küste gelandet. Man werde alles tun, um den Hutchisons zu helfen, falls Hilfe noch möglich sei. Bei der Notlandung könne die Maschine nicht schwer beschädigt worden sein, da sie drei Viertelstunden lang telegraphieren konnte. Es sei aber fraglich, ob sie sich lange auf dem Wasser halten könnte. Die Möglichkeit, daß die Insassen sich aufs Eis retten konnten, sei nicht von der Hand zu weisen.

Blutige Zusammenstöße in Österreich.

Wien. Nach den Gemeindewahlen in Bruck an der Leitha, die den Nationalsozialisten einen Gewinn von fünf Mandaten brachten, ereigneten sich blutige Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, wobei einige Personen leicht verletzt wurden. Als mehrere Schüsse fielen, ging die Landjägerei mit gefälltem Bajonett vor. Zwei lebensgefährlich verletzte Nationalsozialisten blieben auf dem Platz. Da die Sozialdemokraten gegen die Landjäger Stellung nahmen, machten diese aufs neue von der Waffe Gebrauch, wobei zwei Sozialdemokraten verletzt wurden.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	12. 9.	10. 9.		12. 9.	10. 9.
Weizen, märk.	206-208	208-210	Weizkl. f.Bln.	10,0-10,4	9,9-10,3
pommersch.	—	—	Roggkl. f.Bln.	8,4-8,9	8,2-8,7
Roggen, neu	161-163	162-164	Raps	—	—
Braugerste	174-184	175-185	Leinsaat	—	—
Sommergst.	—	—	Erbsen, Kkt.	21,0-24 0	21,0-24,0
Futtergerste	167-173	168-174	kl. Speiseerbsen	—	—
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	14,0-17,0	14,0-17,0
Hafer, neu	136-141	136-141	Ackerbohnen	—	—
pommersch.	—	—	Peluschken	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	17,0-20,0	17,0-20,0
Weizenmehl			Lupine, blaue	—	—
per 100 kg			Lupine, gelbe	—	—
fr. Berl. br.			Serradelle, neu	—	—
inkl. Sack	24,7-30,0	25,0-30,2	Leinkuchen	10,6-10,7	10,6 10,7
Roggenmehl			Erdnußkuchen	11,7	11,8
per 100 kg			Trockenschnzl.	9,2-9,5	9,2-9,5
fr. Berl. br.			Sojaschrot	12,0-12,2	11,2-12,2
inkl. Sack	21,7-24,0	21,9-24,2	Kartoffelfl.	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0006

Die Reichstagsauflösungen seit 1920

Jeder Nachkriegs-Reichstag fand ein unnatürliches Ende.

Während die 13 Reichstage der Vorkriegszeit im allgemeinen einen normalen Ablauf der Wahlperiode zu verzeichnen hatten, und vorzeitige Auflösungen zu den Seltenheiten gehörten, scheint es das Schicksal aller Reichstage nach dem Kriege zu sein, daß sie sich eines natürlichen Ablaufes der Wahlperiode nicht erfreuen können. Auch jetzt wieder ist die Möglichkeit einer Auflösung des — eben erst gewählten — Reichstages, der bisher eine einzige Sitzung abgehalten hat, nach der politischen Entwicklung in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Sollte sich der Reichspräsident dazu entschließen, von dieser Befugnis zur Auflösung auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung Gebrauch zu machen, so würde, wie alle anderen Reichstage nach der Nationalversammlung, auch dieser junge Reichstag keines natürlichen Todes sterben. Alle seit 1920 gewählten Reichstage, fünf an der Zahl, haben ein vorzeitiges Ende gefunden. Der nach Beendigung der Arbeiten der Nationalversammlung am 6. Juni 1920 gewählte Reichstag, wurde Mitte März 1924 einige Monate vor dem Ablauf der natürlichen Wahlperiode durch den damaligen Reichspräsidenten Ebert durch eine vom Reichskanzler Marx gegengezeichnete Verordnung aufgelöst. Anlaß dazu war die Tatsache, daß eine Mehrheit das Verlangen der Reichsregierung ablehnte, als lebenswichtig bezeichnete Notverordnungen über ein Sanierungsprogramm als Ganzes unverändert fortbestehen zu lassen. Die Auflösungsverfügung wurde im Reichstag verlesen. Dieser erste Nachkriegsreichstag hat insgesamt 411 Sitzungen abgehalten. Der Reichstag der zweiten Wahlperiode, der dann am 27. Mai 1924 zusammentrat, brachte es nur auf 29 Sitzungen; seine Arbeiten endeten durch ein Auflösungsdekret, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß „parlamentarische Schwierigkeiten die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich machen." Da dieser Reichstag zur Zeit der Auflösung nicht versammelt war, erlangte die Verordnung ihre Wirksamkeit durch Zusendung an den Reichstagspräsidenten. Die mit den Neuwahlen am 7. Dezember 1924 einsetzende dritte Wahlperiode endete nach 3¼ Jahren wieder durch eine Auflösung, die Reichspräsident von Hindenburg unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers Marx am 31. März 1928 vollzog, weil „nicht zu erwarten war, daß der Reichstag noch weitere große gesetzgeberische Arbeiten in dieser Wahlperiode zum Abschluß bringen würde." Hier lag eine Art verschleierter Selbstauflösung vor, weil der Reichstag trotz Kenntnis seiner bevorstehenden Auflösung noch ein Notprogramm der Regierung genehmigte. Dieser dritte Reichstag trat zu insgesamt 415 Vollsitzungen zusammen. Die Neuwahl 1928 brachte einen Reichstag zustande, der bei etwa zweijähriger Lebensdauer 204 Vollsitzungen abhielt. In der Sitzung vom 18. Juli 1930 verlas, nachdem das Parlament die Außerkraftsetzung von Notverordnungen verlangt hatte, Reichskanzler Brüning aus der berühmten Roten Mappe die Auflösungsverordnung, die auf dieses Verlangen zurückging. Die Notverordnungen wurden bald darauf mit geringen Aenderungen erneut erlassen. Der Reichstag vom 14. September 1930 ist am 4. Juni aufgelöst worden, weil er nach dem Ergebnis der vorher erfolgten zahlreichen Länderwahlen offensichtlich nicht mehr dem politischen Willen des deutschen Volkes entsprach. Abgesehen von den 180 Vollsitzungen der Nationalversammlung haben die fünf Nachkriegsreichstage insgesamt 1123 Vollsitzungen abgehalten. Der neue Reichstag hat nun zwar den Willen des Volkes nach dem neuesten Stande zum Ausdruck gebracht, doch zeigen sich Schwierigkeiten in der Frage der Regierungsbildung. Das deutsche Volk wird alsbald erfahren ob dieser neue Reichstag den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, mit einem halben Dutzend Vollsitzungen, das kurzlebigste aller Parlamente gewesen zu sein. In parlamentarischen Kreisen kursiert das Scherzwort: „Wenn es auch keine Lösung gibt, so doch wenigstens eine Auflösung."

Lehren für den Wiederaufbau.

Eine der Finanzgrößen, die aus dem ungesunden Boden der Nachkriegszeit herausgewachsen sind, war bekanntlich Herr Jakob Michael, früher Bankbeamter in Frankfurt a. M. Durch Spekulationen auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft ist sein Vermögen in wenigen Jahren zu phantastischer Höhe angewachsen, man schätzte ihn auf 100 Millionen und höher. Wahllos kaufte er auf allen Gebieten: Fabriken, Banken, Versicherungsanstalten, und vor allem Grundbesitz. Er soll allein in Berlin 120 Geschäftsgrundstücke gekauft haben. Sein Finanzbau war auf der Annahme fundamentiert, daß es „immer so weiterginge" mit dem Geldverdienen, daß schlechte Zeiten ausgeschlossen wären. Aber die schlechten Zeiten kamen eines Tages doch, und da geriet trotz aller Finanzkünste das Gebäude des Herrn Michael ins Wanken. Ein Unternehmen nach dem andern mußte er abstoßen. Bald hörte man, daß es auch mit seinem großen Grundbesitz sehr schlecht stünde, denn er bestand meist aus Geschäftshäusern mit hohen Mieten, die niemand mehr bezahlen konnte und wollte. Der Grundbesitz wurde von der Industrie und Privatbank in Berlin verwaltet, die nichts anderes war als die Privatbank des Herrn Michael. Seit einem halben Jahr ist diese Bank in Schwierigkeiten und bemüht sich, die Gläubiger mit einem Bruchteil ihrer Forderungen zufriedenzustellen. Es ist aber nicht gelungen. Dieser Tage mußte die Bank ihren Konkurs anmelden. Dabei kam ein ganz hübscher Skandal zutage, der die vielen anderen Finanzskandale der letzten Jahre fast übertrifft. Die Schulden der Bank werden auf rund 60 Millionen Mark geschätzt, eine hübsche Summe. Was aber in der Bank noch zur Befriedigung der Gläubiger gefunden wurde, war nur rund eine Million Mark.

Die Öffentlichkeit kann nun einen Blick in die Finanzkunst eines Mannes tun, der im deutschen Wirtschaftsleben eine sehr große Rolle gespielt hat. Und die Öffentlichkeit wird fragen: was macht nun Herr Michael? Daß er kummervoll, als armer Mann darüber nachsinnt, wie er seine Schulden bezahlen soll, wird wohl nach all den Erfahrungen der Neuzeit niemand mehr glauben. Herr Jakob Michael hat schon vor längerer Zeit den deutschen Boden verlassen, natürlich nicht als armer Schlucker, der sein Letztes für seine Gläubiger geopfert hat. O nein, er wußte sich zu behelfen, er hat sich in Holland eine fürstliche Villa gekauft, hat schon wieder ein großes Geschäft eingerichtet und lebt vergnügt und sorgenlos auf Kosten seiner Gläubiger in Deutschland. Eine Aufforderung, zur Leistung des Offenbarungseides nach Deutschland zu kommen, hat er dankend abgelehnt. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Herr Michael schon seit langer Zeit große Summen aus seinem Unternehmen herausgezogen hat und sie zum Teil auf seine Frau übertragen, zum Teil ins Ausland gebracht hat. Warum hat man denn einem Mann wie diesem Michael nicht früher auf die Finger gesehen, so wird mancher fragen. Ja, das waren eben so die Zeiten, wo solche Elemente gut gediehen.

Hoffentlich ist es nun mit diesen Zeiten endgültig vorbei. Denn um wieder in gesunde wirtschaftliche Verhältnisse zu kommen, genügt es nicht, schöne Programme aufzustellen, es müssen auch Menschen da sein, die willens sind, in anständiger Weise am Aufbau mitzuwirken, und nicht nur den einen Gedanken haben, Reichtümer aufzuhäufen und bei Gelegenheit zu verschwinden. Unsere Wirtschaft muß von solchen Elementen gründlich gesäubert werden, das ist die Voraussetzung für das Gelingen jeglichen Wiederaufbauplanes.

*

Flüchtige Devisenschieber.

400 000 Mark verschoben.

In Berlin ist eine neue große Devisenaffäre, in die bisher leitende Persönlichkeiten der in Konkurs befindlichen Herrenkonfektionsfirma Baer Sohn verwickelt sind, aufgedeckt worden. Die Zollfahndungsstelle hat festgestellt, daß der Geschäftsführer und Teilhaber der Firma Leo Leimann und der Prokurist Leo Wolf sich durch einen Scheinvertrag mit der inzwischen in Konkurs gegangenen Firma für rund 400 000 Mark Devisen von der Devisenbewirtschaftungsstelle beschafft haben und mit dieser Summe, die angeblich für die Firma Baer Sohn verwendet werden sollte, ins Ausland geflüchtet sind. Gegen die Flüchtigen ist von der Berliner Staatsanwaltschaft Erlaß eines Haftbefehls beantragt worden. Leimann und Wolf werden beschuldigt, 400 000 Mark aus dem Ausland hereingebrachter deutscher Effekten wieder über die Grenze nach Holland zurückgebracht zu haben. Der Devisenbewirtschaftungsstelle hatten Leimann und Wolf angegeben, daß es sich um ein ausländisches Darlehen handele, weshalb die Devisenbewirtschaftungsstelle die Genehmigung zur Einfuhr des Betrages gegeben hatte.

*

Steuersteckbrief gegen einen Rittergutsbesitzer.

Gegen den Rittergutsbesitzer John Grätzer, geboren in Langguhle, Kreis Rawitsch, und seine Ehefrau Erna, geborene Juretzek, geb. in Bielschowitz, Kreis Kattowitz, beide zuletzt wohnhaft in Sacharzowitz, Kreis Gleiwitz, zur Zeit in Davos oder Zürich (Schweiz), die dem Reich eine Reichsfluchtsteuer von 118 443 Mark, die am 4. März 1932 fällig gewesen ist, schulden, ist ein Steuersteckbrief erlassen worden.

Brotversorgung und Roggenpreis.

Die Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorarbeiten für die bereits angekündigte Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes sind beendet. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft ist in den Stand gesetzt worden, in umfassender Weise in den Markt einzugreifen. Sie wird künftig nicht nur in Berlin oder an anderen vereinzelten Marktplätzen, sondern in allen Roggenüberschußgebieten, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktgemäßen Preisen kaufen. Die Aufkaufstätigkeit wird sich bis zu dem Zeitpunkt erstrecken, in dem sich zwangsläufig aus der Versorgungslage eine natürliche Erleichterung ergibt.

Die von der DGH. aufgekauften Roggenmengen sollen nicht eingelagert, sondern

sofort der Verfütterung zugeführt

werden. Der Roggen wird, cofiniert, frachtfrei der im nordwestdeutschen Schweinemastgebiet gelegenen Empfangs-Reichsvollbahnstation für 140 Mark je Tonne, cif Küstenhafen des Mästereigebiets für 137 Mark je Tonne abgegeben. Dieser Preis wird für den Roggen umfangreiche Absatzmöglichkeiten erschließen. Zum Ausgleich der für die DGH. entstehenden Preisspanne zwischen dem höheren Einstands- und dem niedrigeren Abgabepreis des Roggens werden der DGH. Gerstenscheine zur Verfügung gestellt, die zur

zollverbilligten Einfuhr von Futtergerste

Nur die Eine

Von Gert Rothberg.

61. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Dabei dachte er: Herrgott nochmal, was bin ich für ein guter Schauspieler. Ich glaube, ich habe meinen Beruf verfehlt.

„Wie lange ich hier meinen Aufenthalt ausdehnen kann, hängt ganz von den Umständen ab," fuhr er dann fort. „Zu Lisabeth Gütschows Hochzeit muß ich jedenfalls wieder zurück sein."

Es brach etwas in ihr zusammen. Sie hatte ihn falsch verstanden.

Und doch war es nur das, was sie im Interesse Lisabeths und zu deren Glück immer wieder gewünscht hatte.

„Sie — — — Sie haben sich wieder zu — zu einander gefunden? Das — — — ist recht," sagte sie tonlos.

Er sah sie ganz erstaunt an.

„Aber nein, Lisabeth hat sich mit Erich Breitenfelde verlobt. Sie heiraten Pfingsten. Breitenfeldes Kind aus erster Ehe ist schon jetzt in Gütschow und Lisabeth hat alle Hände voll zu tun."

Mit weit geöffneten Augen sah sie ihn an.

„Lisabeth Gütschow ist mit — — — Erich Breitenfelde?"

Er nickte.

„Ja und jetzt erst scheint sie glücklich zu sein. Sie ist wieder ganz die alte Lisabeth Gütschow."

Tränen verdunkelten Anne-Maries Blick. Jetzt wurde ihr alles klar. Er konnte nun beruhigt über Lisabeth Gütschow sein und reiste jetzt, um sich gründlich zu amüsieren. Daß er zufällig nach hier gekommen war, berührte ihn sicherlich sehr unangenehm.

„Ich will Sie nicht länger aufhalten, Baroneß, darf ich bitten, Baroneß Ulrike einen ergebenen Gruß zu bestellen?"

Sie nickte.

Er verabschiedete sich und ging rasch davon. Länger wäre es ihm kaum möglich gewesen, die Komödie zu spielen.

Mit einer Ohnmacht ankämpfend, sah Anne-Marie ihm nach.

Das helle Beinkleid und das dunkelblaue Jackett brachten seinen prachtvollen Wuchs voll zur Geltung.

Anne-Marie sah, wie die Blicke sämtlicher Damen ihm folgten.

Sie setzte sich auf eine der Promenadenbänke. Die weiße Mütze wurde ihr zu warm. Sie riß sie vom Kopf und die Sonnenstrahlen fingen sich in dem rotgoldenen Lockengewirr.

Lord Grene trat zu ihr.

„Guten Tag, Gnädigste. Sie sind grausam, mich so lange warten zu lassen. Was wird aus unserem Spiel?"

Anne-Marie antwortete ihm zerstreut, dabei gingen ihre Augen dort hinüber, wo Wenkendorf soeben umringt und begrüßt wurde.

Lord Grene lächelte wehmütig.

„Rückzug am Platze," dachte er.

„Ihr Landsmann erfreut sich allgemeiner Beliebtheit, er ist in der Tat ein schöner, liebenswürdiger Mensch," vermochte er beifällig zu sagen.

Anne-Marie antwortete nicht. Sie erhob sich plötzlich.

„Wir wollen ein Stück spazieren gehen, das heißt, wenn Sie am Spiel teilnehmen wollen, dann bitte, ich verüble Ihnen das durchaus nicht."

„Nicht ohne Sie," wehrte er ab und blieb an ihrer Seite. Sie gingen flott dahin.

Anne-Marie stützte sich leicht auf ihren Stock.

Lord Grene sah bedauernd in ihr süßes Gesicht. Er wußte nun genau, daß sich hier irgend etwas abspielte, an dem er nicht den geringsten Anteil hatte.

Er wäre am liebsten heute noch abgereist, doch der Kavalier in ihm ließ das nicht zu.

Die Baroneß war zu viel in seiner Gesellschaft gesehen worden.

Wenn er jetzt abreiste, würde man über sie lachen wie über jemand, dessen Hoffnungen getäuscht worden sind. Das durfte nicht sein. Die Baronesse mußte zuerst abreisen.

Plaudernd schritten sie nebeneinander.

Anne-Marie hatte ihr Gleichgewicht auch allmählich wieder gefunden.

Sie saßen später auf der kleinen Terrasse des beliebten Cafes und tranken ihren Mokka. Dicht vor sich hatten sie das bunte Bild des internationalen Verkehrs. Plötzlich sagte der Lord:

„Im Grunde genommen, der Mensch ist ein Spielball seiner eigenen Launen. Denken Sie, Gnädigste, ich reise von hier aus nach Aegypten. Blödsinn von mir. Aber ich halte es einfach nicht aus, mich jetzt in der Londoner Gesellschaft bewegen zu müssen."

„Wie schön muß das sein, wenn man von niemand abhängig ist, wenn man stets dorthin kann, wo es einen gerade hinzieht," sagte sie träumerisch und sie dachte doch gerade in diesem Moment an Tramin, an einen hochgewachsenen, ernsten Menschen.

Und da durchzuckte sie auch schon bitteres Weh.

Sie hatte ihn als eine Art Halbgott verehrt und geliebt in seiner ernsten, jungen Männlichkeit — und sie hatte doch einsehen müssen, daß er kein Jota anders war wie die anderen, daß er hierher gekommen war, um sich zu amüsieren, zu flirten.

Lord Grenes Stimme riß sie aus ihren Gedanken.

„Sie würden ein solches Nomadenleben lieben? Ist das nicht — — — auch eine Laune? Ich glaube gerade, der Deutsche hängt an der festen Scholle. Ist es nicht so?"

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0007

berechtigen. Diese Scheine werden von der DGH. jedoch erst dann nach und nach verwertet werden, wenn es die Marktlage in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres gestattet. Handel und Genossenschaften werden in die Aktion sowohl beim Aufkauf als auch bei der Abgabe des Roggens in der bisherigen Weise eingeschaltet werden. Die DGH. ist in der Lage, gegebenenfalls auch im Verhältnis zur Ernte sehr große Roggenmengen aufzunehmen. Jedoch wird dafür Sorge getragen, daß die Brotversorgung immer ausreichend gesichert bleibt und keine über das Vorjahr hinausgehenden Brotpreiserhöhungen eintreten.

*

Höchstens eine gute Durchschnittsernte.

Erntevorschätzung des Landwirtschaftsrates.

Nach dem von der Preisberichtstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat soeben veröffentlichten Ergebnis der Erntevorschätzung vom 15. August zeigt sich, daß mit Ausnahme von Roggen weder beim Weizen noch beim Futtergetreide mit einer derartigen Rekordernte zu rechnen ist, wie es die Vorschätzung des Statistischen Reichsamts vermuten läßt. Im ganzen gesehen, wird die diesjährige Ernte höchstens als eine gute Durchschnittsernte zu werten sein.

Bei Kartoffeln ist bei einem Gesamtertrage von 42,5 Millionen Tonnen mit einer guten durchschnittlichen Ernte zu rechnen. Bei den schon seit langem anhaltenden Unterbringungsschwierigkeiten sollte auch hier die Landwirtschaft von der Verfütterung und von der Kartoffeleinsäuerung, für die die Reichsregierung besondere Mittel zur Verfügung stellt, soweit als möglich Gebrauch machen.

Die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte zweite Erntevorschätzung vom 1. September zeigt gegenüber den Schätzungen der Preisberichtstelle noch immer gewisse Abweichungen. Völlige Klarheit über den Ausfall der diesjährigen Ernte werden erst die endgültigen Schätzungen der Preisberichtstelle und des Statistischen Reichsamts bringen.

Verlängerung der Sommerurlaubskarten

Bis 31. Oktober.

Die Reichsbahn hat die Geltungsdauer der Sommerurlaubskarten, die nach den bisherigen Tarifbestimmungen am 15. Oktober 1932 abläuft, bis zum 31. Oktober 1932 verlängert. Da bekanntlich die Rückreise frühestens am elften Geltungstage erfolgen darf, werden nur noch bis zum 21. Oktober 1932 Sommerurlaubskarten von der Reichsbahn ausgegeben. Die verlängerte Geltungsdauer gilt auch für die nach dem 15. August bereits gelösten Sommerurlaubskarten.

Mit der Verlängerung der Geltungsdauer soll auch für den Herbsturlaubsverkehr eine verbilligte Reisemöglichkeit geschaffen werden, zumal die Herbstschulferien nunmehr völlig in die Geltungsdauer der Sommerurlaubskarten fallen.

14 Millionen Arbeitslose in Amerika.

Die Unterstützungskassen sind leer.

Nach einer Statistik des amerikanischen gewerkschaftlichen Spitzenverbandes beläuft sich zur Zeit die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 14 Millionen. Hierunter sind allein 800 000 Eisenbahnangestellte. Das Newyorker Büro für Arbeitslosenunterstützung hat errechnet, daß allein für Unterstützung der Newyorker Arbeitslosen im kommenden Winter 250 Millionen Dollar benötigt würden.

Die Unterstützungskassen sind völlig leer. Präsident Hoover hat eine Konferenz einberufen, um die Arbeitslosenunterstützungsfrage zu erörtern. Die Gewerkschaften haben hierfür einen Plan ausgearbeitet, bei dem die deutschen und englischen Verhältnisse zum Vorbild gedient haben.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Vermischte Nachrichten.

Schließung aller Stettiner Schulen wegen der spinalen Kinderlähmung.

Stettin. Der Regierungspräsident und das Provinzialschulkollegium haben beschlossen, alle Stettiner Schulen wegen der Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung auf drei Wochen zu schließen. Diese Maßnahme ist, so wird von amtlicher Seite betont, auf das dringende Verlangen der Elternbeiräte zurückzuführen. Die Herbstferien werden dafür fortfallen. Bisher waren in Stettin drei Todesfälle an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. In Swinemünde wurde das Lyzeum vorsorglich auf 14 Tage geschlossen, da eine Lehrkraft an spinaler Kinderlähmung erkrankt ist.

Der Landeshauptmann von Ostpreußen dankt dem Reichswehrminister.

Königsberg. Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Dr. Blunk, hat folgendes Telegramm an den Reichswehrminister von Schleicher gesandt: „Für die mannhaften Worte, die Sie in Ostpreußen gesprochen, sage ich namens meiner Heimatprovinz aufrichtigen Dank. Die ostpreußische Bevölkerung, von dem Geist von Tannenberg mehr denn je beseelt, weiß sich eins mit der Reichswehr und ist bereit, für die Verteidigung ihrer Scholle den letzten Blutstropfen herzugeben."

Nah und Fern

○ **Ein Arzt in der Sprechstunde erschossen.** In Halle wurde der praktische Arzt Dr. med. Boes in seinem Sprechzimmer erschossen. Während der Sprechstunde befanden sich zu der Zeit, als die Schüsse fielen, drei Personen im Wartezimmer. Diese verließen nach den Schüssen fluchtartig das Zimmer. Diese Personen sowie der Täter sind unbekannt.

○ **Ein entsetzliches Mord drama.** In Gelsenkirchen wurde der 28 Jahre alte Wirtssohn Hans Wilhelm Hensel ermordet aufgefunden. Es muß sich ein entsetzliches Mord drama abgespielt haben. Das zertretene Gras, größere und kleinere Blutlachen sowie andere Umstände deuten darauf hin, daß Hensel sich verzweifelt zur Wehr gesetzt hat. Der Mörder hat wahrscheinlich mit einem Stein auf sein Opfer eingeschlagen.

○ **Raubüberfall auf einen Geldbriefträger.** In Düsseldorf wurde in einem Haus in der Königsallee auf einen Geldbriefträger ein Raubüberfall verübt. Der Täter hatte sich in das Haus eingeschlichen, schlug den Geldbriefträger beim Eintreten nieder und beraubte ihn seines Geldes. Der Überfallene erlitt schwere Verletzungen am Kopf.

⊙ **Unter Erdmassen begraben.** Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Grube „Amelie II" in Wittelsheim in der Nähe von Mülhausen. Während fünf Arbeiter mit der Ausgrabung eines neuen Stollens beschäftigt waren, löste sich plötzlich eine Erdschicht von etwa 15 Kubikmeter und stürzte auf sie herab. Alle fünf wurden unter den Erdmassen begraben. Die sofort eingesetzten Hilfskolonnen gelangten erst nach mehreren Stunden bis zu den Unglücklichen und konnten zwei von ihnen nur noch als Leichen bergen. Die drei anderen wurden mit schweren Quetschungen in ein Krankenhaus übergeführt.

⊙ **Zwei im Weltkrieg gefallene deutsche Offiziere in Arras beigesetzt.** In Arras fand die feierliche Beisetzung der sterblichen Überreste von zwei im Weltkrieg gefallenen deutschen Offizieren statt. Es handelt sich um den Leutnant im 22. Infanterieregiment, Gottfried Schäfer und den Fliegerleutnant Alfred Mohr. Sie waren bisher auf dem Kriegerfriedhof in Sailly sur Lys bezw. in Amiens bestattet. Während der Überführung wurden die Toten durch eine Minute Stille geehrt.

⊙ **Hungerrevolte in der Sowjetunion.** Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen mehrere Gruppen von Arbeitern der Textilfabriken auf ihre Lebensmittelkarten keine Lebensmittel erhalten haben. Darauf griffen mehrere Arbeiter die Vertreter von Lebensmittelgeschäften an und schlugen sie nieder. Zwei Geschäfte wurden vollkommen niedergebrannt. Die OGPU. ging sehr scharf vor und hat über 180 Verhaftungen vorgenommen.

⊙ **Chinesische Räuber wollen Gouverneur Schnee entführen.** Fahnenflüchtige chinesische Soldaten und 1500 **Freischärler beabsichtigen, den Expreßzug, in dem das deutsche und das französische Mitglied des Lytton-Ausschusses, Gouverneur Schnee und General Claudel, nach Europa zurückreisen, zu überfallen. Sie wollen Gouverneur Schnee und General Claudel, die zur Zeit nach Charbin unterwegs sind, gefangennehmen und ein hohes Lösegeld für ihre Freigabe verlangen. Flugzeuge für die Weiterbeförderung der beiden Ausschußmitglieder sollen benutzt werden, um den Plan der Banditen zu vereiteln.**

Funk-Ecke

Mittwoch, den 14. September:

Deutsche Welle 1635.

9.00: Ein Großkraftwerk betreibt 240 Kilometer elektrische Bahnen. Das Großkraftwerk Klingenberg als Kraftstelle der Berliner Stadt- und Ringbahn. * 9.30: Wie gestaltet der kaufmännische Angestellte seine Bewerbung erfolgreich? * 10.10: Wo die Martinsgans herkommt. Ein Hörbild aus dem Oderbruch. * 15.00: Erlebnisse und Abenteuer in Bulgarien. * 15.45: Neue Ernährungsformen mit praktischen Anregungen. * 16.00: Die Stellung der Unterrichtsfächer im höheren Schulwesen. Die neueren Sprachen. * 17.30: Peter Rosegger und die Steiermark. * 18.00: Wertung musikalischer Kunstwerke. * 18.30: Querschnitt durch Zeitschriften. * 19.00: Englisch für Fortgeschrittene. * 19.30: Stunde des Beamten. Beamtengehälter im In- und Ausland. * 20.00: Aus Wien: Lanner — Strauß — Ziehrer. Orchester J. Holzer. * 21.30: Karl Erb singt.

Donnerstag, den 15. September:

Deutsche Welle 1635.

10.10: Unser Freund, der Igel. * 15.00: Wie entsteht ein selbsterdachtes Lied? * 15.45: Die Frau und ihre verschiedenen Lebensalter. * 16.00: Gegen die Resignation auf pädagogischem Gebiet. * 17.30: Sprache und Volkstum. * 18.00: Entwicklungslinien der zeitgenössischen Klaviermusik. * 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. * 19.00: Das Heidekraut in seiner Bedeutung für Boden und Wald. * 19.25: Für und Wider. Wegweiser durch die Zeit. * 19.40: Zeitdienst. * 20.00: Herr Doktor, darf ich heiraten? Ein Lehrspiel von Dr. med. Dr. phil. Rathmann. * 20.30: Orchesterkonzert. Philharmonisches Orchester.

Mitteldeutscher Rundfunk

Donnerstag, 15. September.

12.00 **Robert Schumann** (Schallplatten). * 16.00: **Unterhaltungskonzert.** Leipziger Sinfonieorchester. Dirig.: Hilmar Weber. Solist: Herbert Werner, Leipzig (Tenor). Am Flügel: Fr. Sammler. * 18.00: Bezirkschularzt Dr. F. W. Hopstein, Schwarzenberg (Sa.): Die Bedeutung der Milchnahrung für das wachsende Gebiß. * 18.15: Steuerrundfunk. * 18.30: Spanisch. * 19.00: Gerhard Krebs, Leipzig: Erfahrungen in einer amerikanischen Arbeiterbochschule. * 19.30: **Volksmusik.** Mitwirk.: Fred Rüffer, Dresden (Zither), und Edwin Schissel, Dresden (Klavier). * 20.00: **Künstlerische Funkversuche des Mitteldeutschen Rundfunks.** 1. Lyrische Sprechchöre. Regie: Henrik Herse. 2. (etwa 21.10): Das Leipziger Sinfonieorchester. Dirig.: Th. Blumer. Solist: H. Meyer von Bremen, Leipzig (Klavier).

Mittwoch, 14. September.

8.15—8.30: Dienst der Hausfrau. Dr Jenny Haerting, Leipzig: Der Küchenzettel im September. * 12.00—14.00: **Mittagskonzert.** Dirig.: Th. Blumer. * Dazwischen 13.00: Nachrichtendienst, Wetterdienst und Zeitangabe. * Anschl.: Börsenbericht. * 15.00: Lauchhammer und sein Eisenwerk. Funkbericht von Dr. Friedrich Wilhelm Schröter, Chemnitz. * 16.00: 1. „**Kluge Leute aus Buschlabäh.**" Drei Schnurren frei nach Grimm und volkstümlichen Motiven von Anne Rhees. Regie: Henrik Herse. 2. **Luftige Dorfbilder,** nach der Natur gezeichnet von Max Hoyer. Regie: Henrik Herse. * Dazwischen: **Volkslieder und Schnurren,** gesungen von einem Kinderchor unter Leitung von Marthel Schmidt. * 17.00: **Jugendkonzert,** ausgeführt von Johanna Thamm und Luise Pfannenschmid, Dresden (Klavier). * Anschließend bis 18.00: Wettervoraussage und Zeitangabe. * 18.10: Verständnis zwischen den Generationen. Gespräch zwischen einer Mutter und ihrer Tochter, verfaßt von Dr. Auguste Wieghardt. * 18.35: Sprachenfunk. Dr. E. Smigelski und Signora F. Parini, Leipzig: Italienisch. * 19.05: Professor Dr. Karl Thalheim, Leipzig: Strukturwandlungen des Welthandels und ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaftspolitik. * 19.30: **Volkslieder.** Der Dresdener Männergesangverein. Leitung: Otto Winter. * 20.00: **Lanner-Strauß-Ziehrer.** Das Orchester Joseph Holzer. * 21.30: **Karl Erb singt.** Am August-Förster-Flügel: Bruno Seidler-Winkler.

Nur die Eine

Von Gert Rothberg.

62. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Sie schwieg und sah starr auf das Wasser.

Ein Boot fuhr dicht am Rande.

Ein perlendes Frauenlachen ertönte.

Anne-Marie sah zwei Reihen wunderschöner spitzer Zähnchen zwischen etwas lüstern geöffneten rubinroten Lippen.

Der Amerikanerin gegenüber saß Wenkendorf. Die Dame befestigte eben lachend eine Gardenie im Knopfloch Wenkendorfs.

Anne-Marie wandte das Gesicht ab. Zorn und Liebe stritten in ihr. Sie raffte sich auf, begegnete dem ernst beobachtenden Blick des Lords.

„Wer ist eigentlich diese Amerikanerin?" fragte sie leichthin.

„Ach, Sie meinen Miß Hariett Harisson? Sie ist die junge lebenslustige Frau eines bekannten Newyorker Finanzmannes. Er ist mindestens fünfundzwanzig Jahre älter wie sie. Das rächt sich immer. Schäumende Lebenslust und geldhungriges Alter geben immer eine Disharmonie," sagte Lord Grene.

Anne-Maries Hände krampften sich ineinander. Also eine reiche, abenteuerlustige Frau, die sich ihm bot. Er brauchte nur zuzufassen.

Und plötzlich dachte Anne-Marie:

„Wenn ich doch gestorben wäre, warum ließ mich der liebe Gott gesund werden?"

— — — Als sie sich am Abend zum Konzert fertig machte, dachte sie an Lord Grenes Worte:

„Das Glück eines Menschen ist Glas. Es gehören vorsichtige Hände dazu, es zu erhalten."

Dann aber weinte der Gedanke in ihr empört auf:

„Dieß Wenkendorf als Anbeter einer gefallsüchtigen verheirateten Frau."

— — — Das Konzert war erstklassig. Der Geiger weltberühmt. Man promenierte während der Pause in der palmengeschmückten Halle oder in den Gängen des Gartens.

Anne-Marie war von der wundervollen Musik bis ins Innerste aufgewühlt. Sie konnte nicht mehr mit dort drinnen sitzen. Ein grausamer Zufall hatte es gefügt, daß Wenkendorfs Platz vor dem ihrigen war und sie seine geliebte Nähe fühlte. Und dabei immer denken:

„Nicht einer seiner Gedanken gilt mehr mir."

Drinnen hatte das Konzert wieder begonnen. Süß und leise klang das Schluchzen der herrlichen Geige bis zu ihr hinaus in den Garten.

Hier, wo die Kamelienbäume ganz dicht nebeneinander standen, ließ Anne-Marie sich auf der Bank nieder und weinte bitterlich.

Die roten und rosa Blüten über ihr schimmerten im Mondschein zwischen dem saftigen, dunklen Grün.

Plötzlich fiel ein Schatten über den mondhellen Weg. Erschrocken fuhr Anne-Marie auf. Vor ihr stand eine hochgewachsene Männergestalt.

Anne-Maries Hände griffen wie Halt suchend um sich. Mühsam erhob sie sich, um zu fliehen.

Er vertrat ihr den Weg, wagte es, ihre Hände festzuhalten.

„Geben Sie den Weg frei, Herr von Wenkendorf."

Er verbeugte sich.

„Sofort, Baronesse. Doch zuvor möchte ich Ihnen etwas sagen. Wollen Sie die Güte haben und mich anhören?"

Sie senkte tief den Kopf und setzte sich wieder, wie unter einem geheimnisvollen Zwang.

Wenkendorf blieb stehen und sagte leise:

„Ich liebe von ganzem Herzen ein süßes, blondes, trotziges Mädel. Ich bin ihr nachgereist, weil ich nicht warten konnte, bis mir ein anderer zuvorkam. Ich kam hier an und erfuhr, daß Lord Grene sich stark für mein geliebtes Mädchen interessiere. Da gesellte ich mich zu einer bekannten, leichtherzigen Frau, um von weitem zu beobachten, was der Gegenstand meiner treuen Liebe dazu sagen würde. Ich sah nun, daß auch mein geliebtes Mädel mich liebt und vor Eifersucht fast verging. Habe ich mich getäuscht, Anne-Marie?"

Er hatte sich ganz tief zu ihr herabgebeugt, zog sie jetzt langsam herauf zu sich. Seine Arme umschlossen ihre schlanke Figur.

„Habe ich mich getäuscht?" fragte er noch einmal.

Widerstandslos ruhte sie in seinen Armen, fast bewußtlos vor Glück.

„Dietz, lieber Dietz," flüsterte sie kaum vernehmbar.

„Anne-Marie, mein liebes trotziges tapferes Mädel."

Er küßte sie heiß und innig.

„Diesen Umweg brauchte deine Liebe, Anne-Marie?"

Sie schlang die Arme um ihn.

„Dietz, ich — — — wäre gestorben, wenn du nicht gekommen wärest."

Voll leidenschaftlicher Liebe sah er in die schönen blaugrünen Augen.

Die südliche Mondnacht mit ihrem betörenden Zauber legte sich auf Anne-Marie. Eng umschlungen schritten sie durch die dunklen Gänge. Ehe sie sich trennten, küßten sie sich noch einmal heiß.

„Und nun wollen wir heim," sagte Wenkendorf zärtlich. „Das Paradies des Südens lockt mit tausend Schönheiten und Gefahren. Unser Paradies soll immer unsere ostpreußische Heimat sein."

— Ende. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0008

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 110. **Dienstag, den 13. September 1932.** **35. Jahrg.**

Der Reichstag aufgelöst!

Papens rascher Entschluß

Der Reichstag wurde am Montagnachmittag, kurz vor 4 Uhr aufgelöst, weil die Gefahr bestand, daß die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September angenommen würden.

Der Auflösungsvorgang spielte sich folgendermaßen ab:

Nach einer Sitzungsunterbrechung, die am Montag wegen eines kommunistischen Antrages auf sofortige Abstimmung über Aufhebung der Notverordnung vom 4. September notwendig geworden war, stellte Reichstagspräsident Goering fest, daß Widerspruch gegen die sofortige Behandlung des kommunistischen Antrages nicht erhoben worden sei. Er schickte sich an die Abstimmung zu eröffnen, als Reichskanzler von Papen sich von seinem Platz erhob und das Wort verlangte, um die Auflösungsorder zu verlesen. Goering beachtete aber die Wortmeldung des Kanzlers nicht.

Daraufhin übergab der Kanzler die Auflösungsvollmacht dem Reichstagspräsidenten und verließ mit dem gesamten Kabinett die Regierungstribüne.

Goering nahm von der Auflösung keine Kenntnis und führte die Abstimmung trotzdem durch. Staatsrechtliche Bedeutung hat der Vorgang aber nicht mehr, da der Reichstag mit dem Augenblick der Uebergabe des Auflösungsdekretes aufhört zu bestehen.

Der Verlauf der Reichstagssitzung

(2. Sitzung.) CB. Berlin, 12. September.

Unter großer Spannung des übervollen Hauses eröffnet Präsident Göring um 3 Uhr die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Torgler (Komm.), die Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnung sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Aussprache darüber abzustimmen. Der Redner ergeht sich in scharfen Ausfällen gegen die Regierung und beantragt weiter, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung ebenfalls sofort auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen.

Abg. Löbe (Soz.) beantragt Anträge seiner Fraktion ebenfalls sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wonach die noch nicht in Kraft gesetzten Teile der Notverordnung nicht eher in Kraft gesetzt werden sollen, als bis der Reichstag über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung entschieden hat. — Der Redner fügt hinzu, auch er sei mit der beschleunigten Erledigung der kommunistischen Anträge einverstanden, aber der Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) werde gewiß gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erheben.

Als Präsident Göring darauf die Frage an das Haus stellt, ob gegen den kommunistischen Antrag, die Anträge und Abstimmungen jetzt schon als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, Widerspruch erhoben wird, geschieht dies nicht. Unter großer Bewegung beantragt Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) dann sofortige

Unterbrechung der Sitzung

um eine halbe Stunde. Der Antrag wird von der Mehrheit der Nationalsozialisten, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Gegen 4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Göring erscheint im Saal zunächst auf seinem Abgeordnetensitz und begibt sich dann erst auf den Präsidentenstuhl.

Nachdem er die Sitzung wiedereröffnet hatte, erschien auch Reichskanzler von Papen mit den Mitgliedern seiner Regierung wieder im Saale. Er hatte eine rote Aktenmappe unter dem Arm, die offenbar die Auflösungsverordnung enthielt. Präsident Göring erklärte dann: Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir zur

Abstimmung über die Anträge des Abg. Torgler.

(Reichskanzler von Papen erhebt sich.) Wer für den Antrag ist, den bitte ich, eine Karte mit „Ja", wer dagegen ist, eine Karte mit „Nein" abzugeben.

Unter großer Erregung im ganzen Hause begibt sich alsdann Reichskanzler von Papen zum Präsidentensitzl und legt dem Präsidenten ein Blatt Papier,

die Auflösungsorder des Reichsp

vor. Präsident Göring legt die Verordnung

und bleibt bei der eingeleiteten Abstimmung.

Daraufhin begibt sich der Reichskanzler mi

mitgliedern aus dem Saal. Es wird gemein

über die kommunistischen Anträge auf Aufh

verordnung und über die Mißtrauensanträge

regierung.

Unter großer Unruhe wird die Abstimmu

Nein-Karten werden, soweit man beobachten

den Deutschnationalen abgegeben. Während

unterbreitet der Abg. Dr. Bell (Ztr.) dem Prä

offenbar irgendeinen Vorschlag. Der Präsid

zweifelnd den Kopf und winkt ab.

Abgestimmt worden ist über die verbund

träge, die Notverordnung aufzuheben sowi

Kabinett Papen das Mißtrauen auszuspre

wurden 550 Karten. Davon haben sich fünf

enthalten, 32 Abgeordnete mit Nein gestimm

(Gebhafter Beifall im ganzen Hause, Händel

Nationalsozialisten und Kommunisten.)

Präsident Göring: Die Abgg. Dr. Ob

Torgler haben sich zur Geschäftsordnung

erteile jetzt das Wort zur Geschäftsordnung

bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat

um das Wort ersucht. Nach der Abstimmung

der Verfassung, dem Herrn Reichskanzler da

müssen. (Rufe bei den Deutschnationalen:

Sie ihm das Wort erteilen!) Während der

mir der Herr Reichskanzler ein Schreiben übe

mehr, da es gegengezeichnet ist von dem Her

und dem Reichsinnenminister, die durch

genommene Mißtrauensvotum als gestürzt

hinfällig geworden ist. (Stürmischer Beifall

Das Schreiben lautet:

Die Auflösungsorder.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages
12. September 1932.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung beschließt."

gez. Reichspräsident v. Hindenburg.
gez. Reichskanzler von Papen.
gez. Reichsinnenminister von Gayl.

Göring protestiert.

Präsident Göring: Meine Damen und Herren, ich nehme hier den Standpunkt ein, daß vorläufig dieses Schreiben keine Gültigkeit hat (Rufe bei den Komm.: Papierkorb!), da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist. (Die Deutschnationalen verlassen geschlossen den Saal.) Der Sturz des Kabinetts war ebensowenig überraschend wie die beabsichtigt gewesene Auflösung des Reichstages. Die Absicht einer Reichstagsauflösung wurde bereits unterstrichen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, durch das Verhalten des Reichstagsvizepräsidenten Graef anläßlich der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Herrn Reichspräsidenten. Als das Reichstagspräsidium die Auffassung der Volksvertretung über die politische Lage dem Reichspräsidenten vortragen wollte, sagte der Herr Vizepräsident Graef, daß er nach der formellen Vorstellung des Präsidiums sich nicht weiter an einem Vortrage beteiligen wolle. (Anhaltende Unruhe bei den Kommunisten, die vom Präsidenten Göring wiederholt zur Ruhe ermahnt werden.) Der Reichstagsvizepräsident hat sich dagegen ausgesprochen, daß der Reichspräsident zu dem parlamentarischen Brauch zurückkehrt, und begrüßte vielmehr, daß nunmehr eine derartige Regierung, wie das Kabinett von Papen, ins Amt berufen worden sei. Es war dies bereits der erste Versuch, das Ansehen des Deutschen Reichstages herabzusetzen. Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstages aufrechtzuerhalten, wie vor allem das Recht der deutschen Volksvertretung, gemäß der Verfassung weiterzuarbeiten. (Andauernder Lärm bei den Kommunisten. Präsident Göring droht mit Ausweisungen aus dem Sitzungssaal.)

Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, um ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet wurde, die sich lediglich auf die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag stützen kann, wirkungslos gemacht wird, indem es vom Herrn Reichspräsidenten zurückgenommen wird. Dieses Dekret hat durch [illegible] **gestürzten Regierung ja seine Gültig-** [illegible] **latschen b. d. Nat.-Soz.).**

*

ng des Reichstages.

n Regierung und Reichstag.

änge, Säle und Tribünen des Reichs-
n sich unten im Sitzungssaal die
chshundert erst vor kurzem gewählten
ßen in der großen Diplomatenloge
tglieder der Botschaften und Gesandt-
anz vorn an der Brüstung Sir Rum-
r Franzose François Poncet, — aber
nicht allzu erwartungsschwere Luft
ereck des Sitzungssaales. Denn im
n ja lediglich mit einer Erklärung
s und — für heute — durchaus noch
Austragung des Konflikts
gierung und Reichstag. Man
ganz gründlich verrechnet!
tent" vorhanden war, kam vor diesem
ffenen und dramatisch außerordentlich

uch einigermaßen ruhig angefangen,
ing die Glocke zur Eröffnung dieser
Sitzung des Reichstages hatte er-
hr rasch kam die entscheidende Über-
ommunistischer, dann auch von sozial-
antrag wurde, noch jetzt gewisse, die
nde Anträge auf die Tagesordnung
ar einen kommunistischen Mißtrauens-
antrag gegen den Reichskanzler und alle Reichsminister, — da erfolgte ein Widerspruch nicht, auch nicht von deutschnationaler Seite, von wo aus er angekündigt war. Damit war aber geschäftsordnungsmäßig gerade das herbeigeführt worden, was die Mehrheit der Nationalsozialisten und des Zentrums für diese Sitzung hatte ausschalten wollen: Notverordnungen und Mißtrauensanträge zur Verhandlung zu stellen. Hier aber liegt der Drehpunkt der folgenden Vorgänge, die durch ein Dazwischenspringen des Nationalsozialisten Dr. Frick und eine halbstündige Aussetzung der Sitzung aufgeschoben, aber nicht mehr aufgehoben werden konnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320913-13/fragment/page=0009